

Slowenien und Portugal

Aleš Debeljak

Blick auf Slowenien

António Costa Pinto · Marina Costa Lobo

Portugal und die EU

Jernej Pikalo

Slowenien in der Europäischen Union

Silvia von Steinsdorff

EU-Kleinststaaten: Motoren der Integration?

Joachim Hösler

Sloweniens historische Bürde

Editorial

Im kommenden Jahr wird erstmals ein Dreierteam, bestehend aus einem erfahrenen, einem „mittleren“ und einem jungen Mitgliedsland, die Europäische Union (EU) kooperativ führen. Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft, im Juli 2007 werden Portugal, im Januar 2008 Slowenien folgen. Diese abgestimmte Teampräsidentschaft ist eine Reaktion auf die neue Größe der bald 27 Staaten umfassenden Union.

Portugal trat der EU 1986 im Rahmen der „Süderweiterung“ bei. Die Nelkenrevolution zwölf Jahre zuvor hatte das Ende der seit den dreißiger Jahren herrschenden Salazar-Diktatur eingeleitet. Wie im Nachbarland Spanien und in Griechenland beschleunigte die Aussicht auf den EU-Beitritt den gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess. Slowenien wurde 13 Jahre nach der Unabhängigkeit von Jugoslawien im Rahmen der EU-„Osterweiterung“ vor gut zwei Jahren Mitglied. Die Zivilgesellschaft und die slowenische Wirtschaft haben stark vom Beitritt profitiert. Anfang kommenden Jahres wird die Alpenrepublik als erstes Neumitglied in die Euro-Zone aufgenommen.

Neben dem Ausbau der sicherheitspolitischen und -technischen Kooperation gegen den internationalen Terrorismus wird es das vorrangige Ziel der ersten „Triple-Ratspräsidentschaft“ sein, Klarheit über die Zukunft des Verfassungsentwurfs nach dessen missglückter Ratifizierung in Frankreich und den Niederlanden zu gewinnen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso lobte Anfang Oktober das Vorhaben der deutschen Bundesregierung, im kommenden Jahr einen neuen Zeitplan für den Verfassungsvertrag vorzulegen.

Hans-Georg Golz

Aleš Debeljak

Blick auf Slowenien

Essay

Von der slowenischen Hauptstadt Ljubljana fährt man mit dem Auto in nur einer Stunde nach Triest an der nördlichen Adria. Triest war einst der wichtigste Hafen der K.-u.-k.-Monarchie, ein Ort verschiedenster ethnischer und religiöser Gemeinschaften, in dem jahrhundertlang auch Slowenen lebten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die

Aleš Debeljak

Ph. D., geb. 1961; Schriftsteller;
Professor und Direktor am Center for Cultural and Religious Studies, Universität Ljubljana,
Kardeljeva ploscad 5, 1000
Ljubljana/Slowenien.
ales.debeljak@fdv.uni-lj.si

Grenze zwischen Italien und Jugoslawien festgelegt wurde, wurde das Siedlungsgebiet der Slowenen und das Hinterland von Triest Teil Jugoslawiens. Die Stadt selbst fiel an Italien. Der Hafen war nicht mehr wichtig, und als

italienische Sackgasse geriet Triest in eine staatlich gepäppelte Dunkelheit.

Doch für die Slowenen, deren sozialistische Republik als Teil Jugoslawiens eine gemeinsame Grenze mit Italien hatte, wurde Triest aus neuen Gründen wichtig. In der Vorstellung verschiedener Generationen erschien die Stadt als verführerischer Ort voller Geschäfte, die wahre Schätze feilboten, die zu Hause kaum zu haben waren. Triest war die glitzernde (und kitschige) Verkörperung des Westens. Das Schmuggeln über die Grenze hinweg erleichterte den Transfer von Menschen und Finanzmitteln, und ganz gewöhnliche Familien reisten regelmäßig nach Triest, um sich ihre Konsumphantasien zu erfüllen. In Triest wurde ein besonderer Hunger gestillt, der Hunger nach „Fiat“-Ersatzteilen, eleganten Deosticks, Schlafsäcken aus Gänse-daunen, duftendem Espresso-Kaffee, modernen Levi's Jeans und nach anderen Insignien einer Konsumgesellschaft, die im vom „weichen Kommunismus“ geprägten Ljubljana nicht erhältlich waren.

Triest hat für Slowenen noch eine weitere Bedeutung. Bei unserem ersten Besuch in der Stadt erklärte ich sie meiner amerikanischen Ehefrau, die Anfang der neunziger Jahre in das postkommunistische Slowenien gekommen war, um mit mir eine Familie zu gründen. In Triest hatten die italienischen Faschisten in der Zwischenkriegszeit das slowenische Kulturzentrum niedergebrannt und eine Anzahl slowenischer Nationalisten erschossen, um das Gebiet von seinem slawischen Element „zu reinigen“. Auch heute noch verfügt die slowenische Minderheit in Italien wie auch in Kärnten im benachbarten Österreich nicht über die verfassungsmäßigen Rechte einer anerkannten Minderheit. Erica hörte mir zu und bemerkte trocken: „Ihr Slowenen seht Triest nur als Extrem: entweder als Brutstätte des Faschismus oder als große Shopping Mall.“ Das wäre auch eine überaus treffende Metapher für die Sicht vieler Slowenen auf den Westen überhaupt: Er wirkt entweder bedrohlich, oder aber er dient nur dazu, Vergnügen zu vermitteln.

Obwohl die Slowenen immer ein fester Bestandteil des Westens in einem ganz traditionellen, historischen Sinn gewesen sind – sie erlebten die Renaissance, Reformation und Gegenreformation, die Aufklärung und die Totalitarismen faschistischer wie kommunistischer Provenienz –, litten sie immer auch unter ihrer Marginalität. Die Slowenen erfuhren Industrialisierung und Modernisierung nur am Rande. Diese waren stets vom anhaltenden Appetit von Fremden begleitet, dieses südslawische Volk zu erobern und zu unterjochen. Niemals gab es einen eigenen Nationalstaat. Karl der Große, die Franken, Napoleon, die Habsburger, Mussolini und Hitler haben zu ihren Zeiten die Gebiete Sloweniens für sich beansprucht.

Es ist daher kein Wunder, dass ein feiner Unterschied enorme Bedeutung für die kollektive Selbstwahrnehmung der Slowenen angenommen hat, eine Differenz, die für westliche Beobachter in den Zuckungen der neuen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg verloren gegangen war. Es geht darum, dass Slowenien im Unterschied zum übrigen Osteuropa nicht von der Roten Armee befreit worden ist. Hier waren starke nationale Partisanen-

Übersetzung aus dem Englischen: Hans-Georg Golz, Bonn.

verbände tätig, die sich gegenüber den Partisanengruppen unter Marschall Tito lange Zeit eine beträchtliche Autonomie bewahrt hatten. Die slowenischen antifaschistischen Partisanen trugen jahrelang auf ihren Mützen allein die slowenische Flagge und nicht den roten Stern der Kommunisten. Das ist deshalb so wichtig, weil damit symbolisch der Hauptantrieb belegt wird, der hinter dem Widerstand des Volkes gegen die faschistischen und nazistischen Armeen steckte: die *nationale Befreiung*. Erst ab 1943 gewann auch in Slowenien die *kommunistische Revolution* die Oberhand.

Immerhin brach Jugoslawien bereits 1948 mit der Sowjetunion und war niemals ein Teil der von den Sowjets konstruierten Militäralianz, des Warschauer Paktes. Zudem öffnete Jugoslawien bereits in den frühen sechziger Jahren seine Grenzen, um seinen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, im Westen und insbesondere in Westdeutschland zu arbeiten. Diese vergleichsweise stark ausgeprägte Vertrautheit mit dem westlichen Lebensstil und mit westlichen Gewohnheiten bewirkte, dass der Kulturschock des postkommunistischen Übergangs in Slowenien weniger drastisch ausfiel als anderswo.

Und doch gab es dramatische Veränderungen. Die Slowenen erlebten drei große Wendemarken. Erstens konnten sie sich erfolgreich gegen die kommunistisch geführte Armee Jugoslawiens im Zehntagekrieg vor 15 Jahren verteidigen. Zweitens verabschiedeten sie sich vom totalitären Regime und bauten eine pluralistische Demokratie auf. Und drittens ging es darum, einen Nationalstaat zu errichten. In gewissem Sinne war diese enorme Aufgabe einmalig, denn die meisten anderen osteuropäischen Länder konnten auf eine Geschichte einer mehr oder weniger ausgeprägten Eigenstaatlichkeit zurückgreifen. Das war in Slowenien nicht der Fall. Zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte der Marginalität konnten die Slowenen frei und verantwortlich über ihre Zukunft entscheiden.

Dieses umwälzende Ereignis war indes bereits von romantischen Hoffnungen von vielen slowenischen Schriftstellern und Dichtern vorweggenommen worden, auch wenn es aller Rationalität zu widersprechen schien. Die Schriftsteller beschäftigten sich traditionellerweise mit der Verpflichtung und dem

Risiko, als nationale Fackelträger zu fungieren, als Wächter der moralischen, gesellschaftlichen und geistigen Werte, die in der slowenischen Sprache enthalten seien. Es war die Sprache, die vor allem den nationalen Schatz widerspiegelte und als Unterscheidungsmerkmal der slowenischen Identität diente. Erinnert sei nur an den wichtigsten romantischen Schriftsteller Sloweniens, France Prešeren (1800–1849), der mit „Die Taufe an der Savica“ (1836) ein Epos in Versform schuf. Er dramatisiert und mythologisiert darin den verlorenen Kampf der heidnischen Ahnen Sloweniens und ihre Konversion zum Christentum im 8. Jahrhundert. Savica, der Wasserfall in den Julischen Alpen, ist beinahe eine Wallfahrtsstätte für Slowenen, an der sie mehr oder weniger spontan das Modell für das Zusammenleben aller Slowenen begreifen, wie es Prešeren in seinem epischen Gedicht formuliert hat: widerstandene Konversion und schwierige Anpassung. Der slowenische Gründungsmythos ist natürlich kein Mythos im Sinne eines anonymen kollektiven Narrativs. Er wurde von einer Person formuliert, die selbst zum Teil des Mythos wurde.

Die deutsche Öffentlichkeit mag nur wenig über Prešeren wissen. Umso bekannter dürfte ein viel gespieltes Produkt slowenischer Musizierkunst sein. Die Polkas und Walzer der Band Avseniki wurden auf der ganzen Welt bekannt, wenn auch unter dem besser zu vermarktenden Bandnamen „Slavko Avsenik und seine Original Oberkrainer“. Ich schlage vor, dass man besser der modernen Fassung des Volksliedes „Vsi so venci beli“ („Alle Kränze sind weiß“) zuhören sollte, wie sie von dem höchst populären Liedermacher und Ethnomusiker Vlado Kreslin eingespielt wurde. Die Melancholie des Liedes trägt eine volkstümliche Vorstellung des Flachlands in die nordöstliche Ecke Sloweniens. Sein Text formuliert die Klagen einer jungen Frau, deren Hochzeitskranz noch immer grün, noch immer nicht fertig ist. Dieses uneinsichtige, geradezu behagliche Streben nach dem Unerreichbaren lässt die Slowenen kaum für bedeutsame Entscheidungen geeignet erscheinen.

Doch als Slowenien im März 2003 in einem Referendum den Beitritt zur Europäischen Union beschloss, wurde eine Entscheidung mit historischer Tragweite gefällt, ähnlich dem Referendum, das im Juni 1991 die Unabhängigkeit legitimiert hatte. Man kann daher

sagen, dass die Mehrheit der Sloweninnen und Slowenen nach dem tragischen Zusammenbruch ihres „größeren Zuhauses“ Jugoslawien erkannten, dass es unmöglich wäre, halbwegs vernünftig zu leben, ohne in einem Kollektiv verankert zu sein – auch wenn es ebenso möglich ist, in dessen Namen einen sinnlosen Tod zu sterben.

Die Aussicht, einem neuen „größeren Zuhause“, der Europäischen Union, beizutreten, hatte seinerzeit kaum Befürchtungen unter den Slowenen geweckt. Ausgestattet mit ihren historischen Erfahrungen, richteten sie ihre Hoffnungen auf die föderale Struktur des Gemeinsamen Europäischen Hauses, damit beides gewährleistet ist – das demokratische Leben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und tragfähige Bedingungen für die Wahrung des Besonderen im Kollektiv. Weil das kollektive Leben vor allem von einer gemeinsamen Sprache abhängt, enthält die slowenische historische Erfahrung eine wertvolle Anleitung für die europäische Integration.

Diese Anleitung hat der österreichische Essayist Karl-Markus Gauß in seinen Essays „Europäisches Alphabet“ (1997) entwickelt: Europa wird blühen, wenn es ein Europa der Muttersprachen und der spezifischen Kulturen ist und nicht allein ein politisches Europa der Staaten. Weil sie so lange ohne einen Nationalstaat auskommen mussten, haben die Slowenen und die slowenischen Minderheiten in Italien, Österreich und Ungarn sehr gut gelernt, dass Verfassungsordnungen und Staaten kommen und gehen. Was bleibt, um Zeugnis über ein besonderes kollektives Leben abzulegen, ist die Sprache und ihre wunderbaren und verwunderlichen Eigentümlichkeiten.

Wenn wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, uns auf unser Zusammenleben freuen und nach vorne schauen, sollten wir zuerst einen ernsten Versuch unternehmen, uns mit den kulturellen Eigenheiten der verschiedenen europäischen Länder vertraut zu machen. Die Kunst des Lernens, das räume ich gerne ein, ist langwierig, und das Leben ist kurz und voller Vorurteile. Doch es ist einen Versuch wert, dem altmodischen Verlangen nachzugeben, nach dem „Nachbarn Freunde, nicht Feinde sein sollen“, wie es einst France Prešeren sang.

António Costa Pinto · Marina Costa Lobo

Portugal und die EU

Seit dem Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft (EG) im Januar 1986 hat eine umfassende Vertiefung der Integration stattgefunden.¹ Mitte der achtziger Jahre wurde die Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet, die den Weg für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes im Jahr 1992 ebnete. Der Maastrichter Vertrag schuf die Voraussetzungen für die Europäische Währungsunion, die 2000 in Kraft trat. Portugal agierte dabei als einer der Initiatoren. Diese Verträge stärkten die europäischen Institutionen und trugen zur Europäisierung von bislang national geregelten Politikbereichen bei. Bei einer Untersuchung der Beziehungen Portugals zur Europäischen Union (EU) muss der stetige Wandel der Union berücksichtigt werden, insbesondere, wenn man eine Längsschnittanalyse vornimmt.

Weil sich dieser Aufsatz mit den Einstellungen der Portugiesinnen und Portugiesen zur EU befasst, ist es notwendig, diese komplexer werdende Beziehung aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Zunächst muss die Beziehung in ihren historischen und politischen Kontext gestellt werden.² Dabei

Übersetzung aus dem Englischen: Wiebke Düwel, Leipzig.

¹ Vgl. u. a. D. Dinan, *Ever Closer Union?*, Oxford 1999; N. Nugent, *The Government and Politics of the European Union*, Oxford 1995; A. Milward, *The Frontier of National Sovereignty*, London 1993; A. Moravcsik, *The choice for Europe. Social purpose and state power from Messina to Maastricht*, London 1998.

² Zu den Beziehungen Portugals zur EWG vor dem Beitritt vgl. A. C. Pinto/N. S. Teixeira, *From Africa to*

António Costa Pinto

Dr. phil., geb. 1953; Professor für Zeitgeschichte und Politik am Institut für Sozialwissenschaften, Universität Lissabon, Av. Prof. Anibal Bettencourt, 9, 1600–189 Lissabon/Portugal. acpinto@ics.ul.pt

Marina Costa Lobo

MPhil., PhD, geb. 1972; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Universität Lissabon (s.o.). marina.costalobo@ics.ul.pt

wird ersichtlich, dass die demokratischen Eliten in Portugal erfolgreich versuchten, die neue innerstaatliche Ordnung durch Europa und die EU-Mitgliedschaft zu legitimieren. Dementsprechend nahmen sie eine sehr positive Stellung zur EU ein, und das wirkte sich wiederum auf die öffentliche Meinung aus.

Des Weiteren sollen einige der für das Verhältnis Portugals zur EU charakteristischen Trends skizziert werden. Als erstes werden die von Anfang an bestehenden Maßstäbe für die Einstellungen zur EU erörtert, nämlich die Indikatoren für affektive beziehungsweise instrumentelle Einstellungen. Davon ausgehend, dass die EU ein politisches System mit einer direkten Beziehung zu seinen Bürgerinnen und Bürgern ist, wird anschließend die Beteiligung an den Europawahlen und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU diskutiert. Im Zuge dessen wird auch betrachtet, inwieweit die Bürger eine Übertragung der Politikgestaltung auf die EU-Ebene befürworten. Am Schluss steht eine Darstellung der Daten zur Wahrnehmung der nationalen Identität.

Festigung der Demokratie

Die Europa-Idee war bereits seit den frühesten Tagen von Portugals Übergang zur Demokratie nach dem Putsch im April 1974 in den Programmen der neuen politischen Parteien präsent gewesen. Doch erst vor dem Hintergrund der Polarisierung 1975, als man sich mit sozialistischen Alternativen und Strömungen wie dem *Third Worldism* konfrontiert sah, begannen die Parteien im rechten und im Mitte-Links-Spektrum, Portugals Option Europa zu betonen. Diese wurde im Kontext eines polarisierten Übergangs zu einem wichtigen Faktor für den Bruch mit einer diktatorischen, isolationistischen und kolonialistischen Vergangenheit. Gleichzeitig nahm der Prozess eine antikommunistische und antirevolutionäre Dimension an.¹³

Der Fall Portugal illustriert die Rolle, welche die EG als Bezugspunkt für die demokratische Entwicklung Europas spielte. Sie

Europe. Portugal and European Integration, in: dies. (Hrsg.), *Southern Europe and the Making of the European Union*, New York 2002, S. 3–40.

¹³ Vgl. B. Alvarez-Miranda, *El sur de Europa y la adhesión a la Comunidad*, Madrid 1996, S. 202.

diente den demokratischen Eliten als Symbol für die Legitimierung der neuen innerstaatlichen Ordnung nach dem umkämpften Übergang und dem Ende des für den *Estado Novo* („Neuer Staat“) so wichtigen Kolonialreiches. Wie in Spanien kam es zur erfolgreichen Konsolidierung einer „demokratischen Tradition“. Diese basierte auf der Synchronisation und Homogenisierung der nationalen Kulturen und Institutionen innerhalb Europas, wobei sich deren soziale und ökonomische Bestandteile seit den sechziger Jahren stetig verändert hatten.¹⁴ Als der sozialistische Premierminister Mário Soares im Mai 1977 den offiziellen Antrag für den Beitritt Portugals zur EWG stellte, lebte das Land mit dem Vermächtnis des umkämpften Übergangs. Die portugiesische Verfassung schützte die Reformen zur Verstaatlichung von Banken und Großunternehmen sowie die Agrarreform, die im Zuge der Revolution stattgefunden hatten. Gleichzeitig war das politische Leben noch von starker Militärpräsenz geprägt.

1976 lautete das Wahlkampfmotto der Sozialistischen Partei (PS – *Partido Socialista*) *A Europa Connosco* („Europa mit uns“). Die Partei erhielt Unterstützung von einigen der wichtigsten sozialdemokratischen Parteien in Europa. Mit dem eher vagen Motto versuchte die PS, sich von neutralistischen Tendenzen und der Strömung des *Third Worldism* abzuheben, welche die Programme der gemäßigten Linken und der Bewegung der Streitkräfte (MFA – *Movimento das Forças Armadas*) beeinflussten. Soares nahm den Antrag auf EWG-Beitritt als außenpolitischen Schwerpunkt in das Programm der PS auf. Bis 1974 war die EWG-Mitgliedschaft bereits in den Programmen der rechten und Mitte-Rechts-Parteien thematisiert worden. Die Sozialdemokratische Zentrumspartei (CDS – *Partido do Centro Democrático Social*) erklärte sich als überzeugt pro-europäisch, während sich die Sozialdemokratische Partei (PSD – *Partido Social Democrata*) Zurückhaltung auferlegte.¹⁵ Die drei Parteien präsentier-

¹⁴ Vgl. V. Pérez-Díaz, *The return of civil society. The emergence of democratic Spain*, Cambridge, MA 1993, S. 3.

¹⁵ Vgl. J.M. Durão Barroso, *Le système politique portugais face à l'intégration européenne. Partis politiques et opinion publique*, Lissabon 1983; N. Marques, *Les partis politiques et les opinions publiques au Portugal depuis 1974 face à l'intégration européenne*, DEA, Université de la Sorbonne Nouvelle (Paris III), 1995.

ten konkurrierende Vorschläge für das Vortreiben der Beitrittsverhandlungen, während die Kommunistische Partei (PCP – *Partido Comunista Português*) den EWG-Beitritt strikt ablehnte. Erst ab 1986 forderte die PCP nicht mehr, dass Portugal sich aus der EWG zurückziehen solle, und nahm eine gemäßigte Position ein, jedoch nicht, ohne weiterhin für eine Revision der Beitrittsverträge einzutreten.

Die Zivilgesellschaft und die Interessengruppen, die diejenigen vertraten, die am meisten von der EWG-Mitgliedschaft betroffen sein würden, spielten während der Beitrittsverhandlungen praktisch keine Rolle. Die Entscheidung über die europäische Integration wurde allein von der politischen Elite getroffen.¹⁶ Diese dominierte den Verhandlungsverlauf, und auch Unternehmerverbände und agrarwirtschaftliche Interessengruppen wurden nur begrenzt eingebunden. Auch die Arbeitgeberverbände taten sich mit der Herstellung internationaler Kontakte und der Eingliederung in europäische Strukturen schwer. Infolge der Welle von Verstaatlichungen und der Agrarreform 1975 begrüßten diese Organisationen aber den Beitrittsantrag, vor allem vor dem Hintergrund ihres Ringens um die Einschränkung des öffentlichen Sektors, die Liberalisierung der Arbeitsgesetze und die Einführung eines Privatisierungsprogramms. Die beiden Industrieverbände *Confederação da Indústria Portuguesa* (CIP) und *Associação Industrial Portuguesa* (AIP) unterstützten den Beitritt, wenn auch nicht in gleichem Maße. Die CIP schwankte zwischen innerstaatlicher Liberalisierung und Protektionismus und forderte mehr Wirtschaftshilfe im Vorfeld des Beitritts, um sich dann später den Abschlussvereinbarungen entgegenzustellen. Die AIP nahm eine pragmatischere Position nach dem Motto „Beitreten und dann weitersehen“ an.¹⁷ Trotz gelegentlicher Kritik der CIP stellten die Einstellungen dieser beiden Verbände keine grundsätzliche Ablehnung dar, sondern spiegelten vielmehr den Versuch wider, die Regierung zu einer härteren Haltung in den Verhandlungen zu bewegen. Er-

hebungen bezüglich der Einstellungen der Arbeitgeberverbände bestätigten die Dominanz politischer Erwägungen. Dabei wurde die EWG als Garant für politische Sicherheit dargestellt, der Investitionen in die produktiven Strukturen im Land sowie deren Modernisierung begünstigen sollte.¹⁸

Die parteipolitischen und ideologischen Trennlinien waren innerhalb der Gewerkschaftsbewegung viel deutlicher sichtbar. Die kommunistische Gewerkschaft *Intersindical* stand dem Beitritt ablehnend gegenüber, wohingegen sich die sozialdemokratische Allgemeine Arbeitergewerkschaft (UGT – *União Geral de Trabalhadores*) beständig pro-europäisch zeigte. Die UGT war aus dem Kampf gegen die kommunistische Vorherrschaft in der Gewerkschaftsbewegung entstanden, erhielt Unterstützung von Stiftungen, die mit sozialdemokratischen, liberalen und konservativen Parteien verbunden waren und wurde schnell in die internationalen Institutionen der europäischen Arbeiterbewegung integriert. *Intersindical* revidierte erst nach dem Beitritt ihre ablehnende Haltung.

Während der achtziger Jahre befreite sich die portugiesische Gesellschaft von dem Doppelvermächtnis des autoritären Regimes und des Revolutionsprozesses von 1975. Durch das Zusammentreffen der demokratischen Konsolidierung mit dem EWG-Beitritt und der wirtschaftlichen Entwicklung entstand ein *Circulus virtuosus*, den zum Zeitpunkt der Antragstellung niemand hatte ahnen können. Nach dem Abschluss von zwei Verträgen mit dem Internationalen Währungsfonds (1978 und 1983) begann eine Flut von Gemeinschaftsmitteln nach Portugal zu fließen, deren Wirkung sich Anfang der achtziger Jahre bemerkbar machte. Die Statistiken zeigen eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen, kombiniert mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote.

Portugal durchlief nun eine zweite Periode des Wachstums und des sozialen Wandels. Der Zuzug in die Küstengebiete sowie die

¹⁶ Vgl. N. Bermeo, Regime change and its impact on foreign policy. The Portuguese case, in: *Journal of Modern Greek Studies*, (1988) 6, S. 14.

¹⁷ Vgl. M. Lucena/C. Gaspar, Metamorfoses corporativas? Associações de interesses económicos e institucionalização da democracia em Portugal (I), in: *Análise Social*, 114 (1991), S. 899.

¹⁸ Vgl. G. Marques, L'intégration des groupes d'intérêt portugais au niveau européen, in: D. Sidjanski/U. Ayberk (Dir.), *L'Europe du sud dans la Communauté Européenne. Analyse comparative des groupes d'intérêt et de leur insertion dans le réseau communautaire*, Paris 1990, S. 199.

Urbanisierung nahmen zu, wobei die entsprechenden Zahlen aber weiterhin unter dem europäischen Durchschnitt lagen. Weit bemerkenswerter war das Absinken der Anzahl von Beschäftigten im landwirtschaftlichen Bereich (bis 1992 auf zwölf Prozent). Dieser Prozess setzte die Auflösung der traditionellen ländlichen Gesellschaft im Norden und in der Mitte des Landes fort. Die Auswanderung wurde durch die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die Städte abgelöst. Auch die Mittelschicht und der Dienstleistungssektor wuchsen stark, und bei den Schulbesuchsquoten war eine beträchtliche Steigerung zu verzeichnen. Entgegen den katastrophalen Aussichten während der siebziger Jahre schaffte es Portugal als Mitglied der EG, die Demokratie zu festigen und wichtige Schritte in Richtung sozialer und ökonomischer Modernisierung zu machen. In direkter Konsequenz aus der stärker werdenden Wirtschafts- und Währungsunion sah sich Portugal gezwungen, die Liberalisierung seines Binnenmarktes voranzutreiben.¹⁹

Portugals Weg zur EU-Mitgliedschaft wurde von der politischen Elite mit einem hohen Maß an politischem Konsens gefördert. Es wurde jedoch nicht der Versuch unternommen, die öffentliche Meinung etwa durch Volksentscheide zu ermitteln. Erst nachdem der Beitritt gesichert war, begann die Öffentlichkeit, Druck auszuüben und mehr Beteiligung an den Reformen zu fordern. Sowohl der Prozess der Entkolonialisierung als auch die Durchsetzung einer proeuropäischen Politik zog eine Flut ideologischer Stellungnahmen von Teilen der intellektuellen Elite nach sich. Die oft angekündigte „Identitätskrise“ trat jedoch nicht ein.¹⁰

Viele Konservative betonten die Notwendigkeit, eine durch die Eingliederung in die EG bedrohte „nationale Identität“ zu verteidigen, sie fanden aber wenig Zuspruch in der Bevölkerung, selbst im konservativen Milieu.

¹⁹ Vgl. J. B. de Macedo, External liberalization with ambiguous public response. The experience of Portugal, in: C. Bliss/ders. (Hrsg.), *Unity with diversity in the European economy. The Community's southern frontier*, Cambridge 1990, S. 310–354; J. da S. Lopes, (Hrsg.), *Portugal and EC membership evaluated*, London 1993.

¹⁰ Vgl. A. C. Pinto/X. M. Nuñez, Portugal and Spain, in: R. Eatwell (Hrsg.), *European political cultures. Conflict or convergence?*, London 1997, S. 172–192.

Dies zeigt sich daran, dass die EU-Mitgliedschaft von den beiden größten Parteien, der CDS und der PSD, befürwortet wurde. Die nationalistischen Diskurse galten als Reaktion auf die Eingliederung des Landes in Europa, und es wurde versucht, die atlantische Orientierung zu instrumentalisieren. Auf der anderen Seite verteidigte die Kommunistische Partei angesichts des europäischen Kapitalismus mit einem ökonomistischen Ansatz die „Interessen der nationalen Produktivkräfte“. Während und insbesondere nach Portugals Bemühungen um separate Beitrittsverhandlungen wurde Spanien von der portugiesischen Öffentlichkeit als der starke Nachbar angesehen, der in die Wirtschaft des Landes „eingedrungen“ sei.¹¹ Da sich Spanien rasch zu Portugals wichtigstem Handelspartner entwickelt hatte, stellte die „spanische Bedrohung“ eine Gefahr für die Liberalisierung des portugiesischen Marktes dar.

Nach einer Phase gegenseitiger Schuldzuweisungen und der Kritik am Entkolonialisierungsprozess, die vor allem von konservativen Gruppen geäußert wurde, aber großenteils verhallte, versuchten kleinere, rechtsextreme Parteien Nutzen aus der Unzufriedenheit bei denjenigen Bevölkerungsgruppen zu ziehen, die von der europäischen Orientierung am schwersten betroffen waren. Zielpublikum waren die aus den Kolonien Zurückgekehrten (*retornados*).¹² Doch nach dem Ende des Mythos vom portugiesischen Weltreich gelang es den demokratischen Eliten, in der öffentlichen Meinung die Überzeugung zu festigen, dass Europa der einzige Weg sei, auf dem Portugal Beziehungen mit den neuen portugiesischsprachigen Staaten in Afrika aufbauen könnte – insbesondere, da nahezu alle wirtschaftlichen Verbindungen abgerissen waren und sich die politischen Beziehungen seit der Gewährung der Unabhängigkeit 1975 enorm verschlechtert hatten. 1978, drei Jahre nach der Entkolonialisierung, waren fast 70 Prozent der Portugiesen der Meinung, Portugal sei verpflichtet, den betreffenden Ländern die Unabhängigkeit zu gewähren. Sie glaubten allerdings auch, dass die Rechte der Portugie-

¹¹ Vgl. A. C. Pinto/N. S. Teixeira (Anm. 2), S. 30–31; J. C. MacLennan, *Spain and the Process of European Integration 1957–1985*, London 2001.

¹² Vgl. A. C. Pinto, The radical right in contemporary Portugal, in: L. Cheles (Hrsg.), *The far right in Western Europe*, London-New York 1995, S. 108–128.

sen geschützt werden müssten. Lediglich 2,2 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Fortführung des Kampfes gegen die Befreiungsbewegungen aus.¹³ Nichtsdestotrotz war noch eine signifikante Minderheit von 20 Prozent der Ansicht, dass Portugal wirtschaftlich nicht ohne die ehemaligen Kolonien überleben könne.

Dass sich diese Ansicht in der Öffentlichkeit allmählich immer weniger vorfinden ließ, scheint in direkter Verbindung mit der Aussicht auf den EWG-Beitritt zu stehen. Der Beitrittsprozess und die Mitgliedschaft selbst schienen nun nicht nur einen Ersatz für die verlorenen Kolonien zu bieten, sondern sie gaben auch Anstöße für Veränderungen in der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Kultur.¹⁴

Die öffentliche Meinung gegenüber der EU

Als der Beitrittsantrag gestellt wurde, hatten die meisten Portugiesen in Bezug auf Europa keine Meinung. 60 Prozent der Bevölkerung erklärten 1978, sie wüssten nicht, ob die Mitgliedschaft für die Zukunft der Wirtschaft Portugals unentbehrlich sei. Erst Anfang der achtziger Jahre wuchs das Ausmaß der Informiertheit, so dass fundiertere Meinungen geäußert werden konnten.

Auf der Parteiebene deckten sich die Trennlinien zwischen Befürwortern und Gegnern Europas mit denen zwischen Befürwortern und Gegnern der pluralistischen Demokratie. Dadurch entstand eine Kluft in der Linken zwischen der Kommunistischen Partei (PCP) und der Sozialistischen Partei (PS). Diese erklärt auch die Koalitionskonstellationen im ersten Jahrzehnt der Demokratie. Da die proeuropäischen Parteien zwischen 1976 und 1986 rund 70 Prozent der Wählerstimmen erhielten, überrascht es nicht, dass die Einstellung der Portugiesen gegenüber der EU zur Zeit des Beitritts größtenteils positiv war. Der Rückgang antieuropäischer Einstellungen in der Kommunistischen Partei bis Anfang der neunziger Jahre wie auch der wachsende Euroskeptizismus in der rechten CDS-PP (*Centro Democrático Social/Partido Popular*) spie-

gelte sich jeweils in deren Wählerschaften wider.¹⁵ Mário Bacalhau betont den positiven Konsens in Bezug auf die Mitgliedschaft, der sich im Zeitraum seiner Studie (1985–1990) durch die portugiesische Gesellschaft zog.¹⁶

In Portugal hat es seit 1976 nur wenige demoskopische Erhebungen gegeben. Deshalb werden für diesen Aufsatz lediglich Eurobarometer-Daten genutzt: Erstens gibt es diese Umfragen bereits seit dem Zeitpunkt des Beitritts. Zweitens wurden einige Fragen wiederholt gestellt, und drittens ist es somit möglich, Veränderungen im Längsschnitt zu beurteilen.¹⁷ Wir berücksichtigen insbesondere die Daten des Eurobarometer-Trendfile¹⁸ zusammen mit jüngeren Eurobarometer-Daten. Von den Fragen, die wiederholt gestellt werden, lassen sich verschiedene Typen von Einstellungen gegenüber Europa ableiten. Es gibt vier Standardfragen, anhand derer die Bewertung der EU eingeschätzt werden soll und die der Wählerschaft immer wieder gestellt wurden: 1) „Sind Sie alles in allem für oder gegen die derzeitigen Bemühungen zur Vereinigung Westeuropas?“; 2) „Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Gemeinschaft gescheitert ist, würden Sie es sehr bedauern, wäre es Ihnen gleichgültig oder würden Sie erleichtert sein?“; 3) „Hat Ihrer Meinung nach (Ihr Land) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft Vorteile, oder ist das nicht der Fall?“; 4) „Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft (Ihres Landes) im Gemeinsamen Markt eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?“ Die ersten beiden Fragen rufen eine diffuse, affektiv geprägte Einschätzung der EU hervor, während die anderen beiden Fragen auf eine instrumentelle Bewertung abzielen.¹⁹ Diese beiden Di-

¹⁵ Vgl. M. C. Lobo, Portuguese attitudes towards EU membership. Social and political perspectives, in: South European Politics and Society (i. E.).

¹⁶ Vgl. M. Bacalhau (Anm. 13); ders., The image, identity and benefits of the EC, in: J. da Silva Lopes (Anm. 9), S. 187.

¹⁷ Zu den Eurobarometer-Umfragen: P. Bréchon/B. Cautrés, Les enquêtes eurobaromètres, Paris 1998.

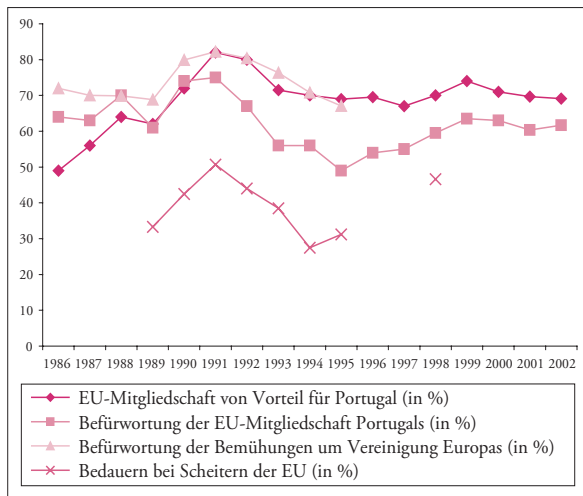
¹⁸ Der Trendfile umfasst alle Fragen, die der europäischen Wählerschaft seit 1970 in mindestens fünf Eurobarometer-Befragungen gestellt wurden und ermöglicht eine Langzeitanalyse der politischen Einstellungen zur EU.

¹⁹ Vgl. Oskar Niedermayer, Trends and Contrasts, in: ders./Richard Sinnott (Hrsg.), Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford 1995, S. 56–57.

¹³ Vgl. M. Bacalhau, Atitudes, opiniões e comportamentos políticos dos Portugueses: 1973–1993, Lissabon 1994, S. 255.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 257.

Abbildung 1: Diffuse und instrumentelle Einstellungen zur EU in Portugal (1986–2002)



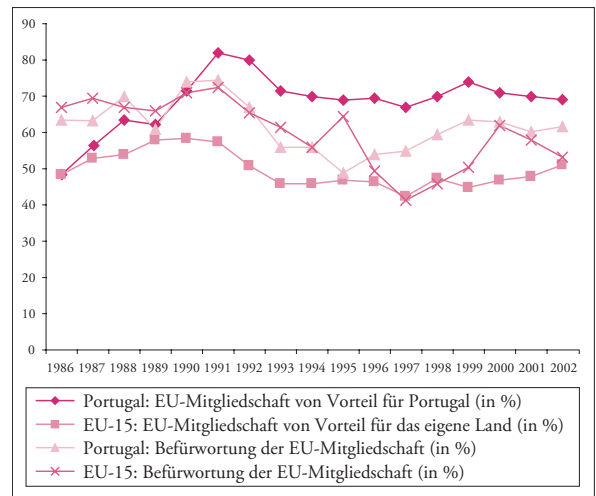
Quelle: Eurobarometer.

mensionen werden zuerst vorgestellt, da es sich bei ihnen um grundlegende Einstellungen zur europäischen Integration handelt.²⁰

Betrachtet man zunächst die instrumentell geprägten Einschätzungen (vgl. *Abbildung 1*), so wird deutlich, dass es seit dem Beitritt einen deutlichen Konsens darüber gibt, dass die europäische Integration für Portugal von Vorteil ist. Der Konsens erreichte 1991 mit 82 Prozent seinen Höhepunkt. Danach fiel er auf 67 Prozent im Jahr 1997 ab, um bis 1999 erneut anzuwachsen. Seitdem ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Während die Frage nach den Vorteilen der europäischen Integration auf eine eher utilitaristische Perspektive hindeutet, erfordert die Frage, ob die Mitgliedschaft Portugals eine gute Sache sei, eine weiter gefasste Betrachtung. Zwischen 1989 und 2002 stimmten dem mehr als 50 Prozent der Befragten zu. Dieser Konsens ist geringer als derjenige bezüglich der „Vorteile durch die Mitgliedschaft“, wobei die Zahlen jedoch über dem europäischen Durchschnitt liegen. Es zeichnet sich allerdings der selbe Trend ab: Der Höhepunkt wurde 1991 erreicht, und der niedrigste Wert ist Mitte der neunziger Jahre abzulesen.

²⁰ Die Eurobarometer-Befragungen finden mindestens einmal jährlich statt. Für diesen Aufsatz wurden für jedes Jahr Durchschnitte errechnet, so dass jeweils nur ein Wert vorliegt.

Abbildung 2: Diffuse und instrumentelle Einstellungen zur EU: Portugal und EU 15 (1986–2002)



Quelle: Eurobarometer.

Der dritte in *Abbildung 1* dargestellte Trend bezieht sich auf das Ausmaß an Unterstützung für die Vereinigung Westeuropas. Zwischen 1985 und 1995 gab es in Portugal einen sehr deutlichen Konsens: Mehr als 80 Prozent erklärten, sie seien „sehr oder etwas für“ die westeuropäische Integration. Der Prozentsatz erreichte 1992 den Höhepunkt und fiel bis 1995 wieder ab. Die vierte Frage, die ebenfalls zwischen 1985 und 1995 und erneut 1998 gestellt wurde, befasst sich damit, ob die Befragten es bedauern würden, wenn es die EU nicht mehr gäbe. Hier zeigt sich ein geringeres Maß an Konsens: Der Prozentsatz derjenigen, die „es sehr bedauern“ würden, erreichte 1991 einen Höhepunkt und fiel bis 1994 ab. Laut einer europaweiten Studie zeigen die in Portugal und Spanien erhobenen Daten zu diffusen Einstellungen seit 1981, dass bereits lange vor dem Beitritt 1986 die Unterstützung für die europäische Integration viel stärker ausgeprägt war als in Dänemark und Großbritannien zur Zeit ihres jeweiligen Beitritts.²¹ Die positive Einstellung der Öffentlichkeit zur EU in Spanien und Portugal ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Anzahl derjenigen mit einer indifferenten Einstellung sank, wohingegen die Anzahl der EU-Gegner bereits unter dem EU-Durchschnitt lag. Wie aus *Abbildung 2* ersichtlich wird, war in Europa der Konsens darüber, ob die EU „eine gute Sache“ sei, grö-

²¹ Vgl. O. Niedermayer (Anm. 19), S. 62.

ßer als derjenige, ob das jeweilige Land Vorteile aus seiner Mitgliedschaft gezogen habe, während es in Portugal umgekehrt der Fall war. Dies deutet darauf hin, dass die positiven Einstellungen in Portugal durch eine instrumentell geprägte Betrachtungsweise der EU begründet sind. Diese steht meist mit Konjunkturfragen wie Arbeitslosigkeit und Inflation in Verbindung und weist auf eine schwächere Bindung zwischen den Bürgern und der EU hin.¹²²

Die einzelnen Bürger haben auch eine direkte Beziehung zur EU. Zum einen wählen sie regelmäßig Abgeordnete ins Europäische Parlament. Zum anderen hat die Vertiefung der europäischen Integration zum Phänomen der Europäisierung¹²³ bestimmter Politikbereiche geführt, die sich auf das alltägliche Leben auswirken. Insofern ist es wichtig, die Einstellungen der portugiesischen Bürger zur EU als politisches System *sui generis* zu untersuchen. Ein erster grober Indikator ist die Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Natürlich ist bei der Interpretation der Quoten verschiedener Wahlen Vorsicht geboten. Europawahlen werden als „zweitrangig“ angesehen, es gibt keine europaweite, gemeinsame Plattform der Parteien.¹²⁴ Das bedeutet, dass die Wahlkämpfe größtenteils auf Grundlage nationaler Angelegenheiten ausgefochten werden. Sie können dem einzelnen Bürger als Mittel dienen, die eine oder die andere Partei für ihre Leistungen auf nationaler Ebene zu bestrafen oder zu belohnen. Ferner sind die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Vergleich zu anderen Institutionen, wie zum Beispiel der Europäischen Kommission, beschränkt.¹²⁵

¹²² Zur Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für die Beziehung zwischen Bürgern und EU: M. Gabel, *Interests and Integration*, Ann Arbor 2001; P. Magalhães, *Whatever happened to Portuguese Euroscepticism. The depoliticization of Europe and its consequences* (Ms.).

¹²³ Vgl. J. P. Olsen, *The many faces of Europeanisation*, in: *Journal of Common Market Studies*, (2002), S. 921–952.

¹²⁴ Vgl. M. Franklin, *European Elections and the European Voter*, in: J. Richardson, *European Union Power and Policy-making*, London 2003, S. 187–200. Hier wird deshalb die geringe Beteiligung der Portugiesen an den Europawahlen, die zwischen 1987 und 1999 durchschnittlich bei 49,8 Prozent lag (europäischer Durchschnitt 1979–1999: 62 Prozent), nicht als Maßstab für die Einstellung der Portugiesen zur EU diskutiert.

¹²⁵ Vgl. C. Eijk/C. und M. Franklin, *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*, Michigan 1996.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung: Europawahlen und Parlamentswahlen (Angaben in Prozent)

Europäisches Parlament	1987	1989	1994	1999	
Wahlbeteiligung	72,4	51,1	35,5	39,9	
Portugiesisches Parlament	1987	1991	1995	1999	2002
Wahlbeteiligung	72,6	68,2	67,1	61,8	61,6

Quelle: Comissão Nacional de Eleições (www.cne.pt).

Eine kürzlich erschienene Studie zeigt, dass Portugal zu denjenigen Demokratien zählt, in welchen die Wahlbeteiligung in den neunziger Jahren am stärksten gesunken ist.¹²⁶ Was Portugal von den anderen Ländern unterscheidet, ist die Tatsache, dass das Sinken der Wahlbeteiligung nicht von institutionellen Veränderungen begleitet war, wie beispielsweise in Deutschland und Italien, wo die Wahlbeteiligung ebenfalls drastisch abnahm.¹²⁷ In *Tabelle 1* wird die Beteiligung an Europawahlen der Beteiligung an Parlamentswahlen gegenübergestellt. Die erste Europawahl fand zeitgleich mit der Parlamentswahl 1987 statt. Dies führte zu praktisch übereinstimmenden Wahlbeteiligungsquoten bei beiden Wahlen. Das Muster der nächsten drei Wahlen stellt sich dagegen anders dar: 1989 entschied sich fast die Hälfte der Wahlberechtigten gegen eine Stimmabgabe bei der Wahl der portugiesischen MdEPs. Bei der darauf folgenden Wahl erreichte die Wahlbeteiligung mit 35,5 Prozent einen neuen Tiefpunkt.¹²⁸

Erwartungsgemäß übersteigt die Beteiligung an Parlamentswahlen die Beteiligung an Europawahlen um ein Drittel. Die erste Wahl ausgenommen, war die Wahlbeteiligung der Portugiesen bei Europawahlen geringer als

¹²⁶ Vgl. A. Freire/P. Magalhães, *A Abstenção Eleitoral em Portugal*, Lissabon 2002.

¹²⁷ In Italien wurde 1993 die Wahlpflicht abgeschafft. In Deutschland stieg durch die Vereinigung 1990 die Anzahl der Wahlberechtigten, was möglicherweise zum Sinken der Wahlbeteiligung führte.

¹²⁸ Es ist anzumerken, dass sich die Differenz zwischen der realen und der offiziellen Wahlenthaltung während der neunziger Jahre vergrößert hat. Nachweislich erhöhte sich die Wähleranzahl dadurch, dass verstorbene Wähler einberechnet wurden. Dies trug möglicherweise auch zu einer Erhöhung der Wahlenthaltungszahlen bei. Seit 1998 weisen die Wählerverzeichnisse keine „Geisterwähler“ mehr auf.

Tabelle 2: Europäisierung: Trends in Portugal

Politikbereich	für Entscheidungsfindung auf EU-Ebene (in Prozent)				Veränderung
	Dezember 1989	April 1992	März 1996	November 2002	
Außenpolitik	40	69	57	67	27,2
Kampf gegen Drogen	k.A.	k.A.	61	66	4,7
Dritte Welt ^a	54	78	65	67	11
Währungsfragen	27	60	46	60	33
Umweltschutz	42	69	53	57	15
Kampf gegen Arbeitslosigkeit	k.A.	61	50	56	-5
Aufnahme von Flüchtlingen	k.A.	58	45	53	-5,4
Einwanderungspolitik	k.A.	63	51	52	-10,6
Kulturpolitik	k.A.	53	27	47	-6,5
Gesundheits- und Sozialwesen	36	60	38	46	9,5
Grundregeln für die Presse	36	43	35	41	4,9
Bildung und Erziehung	28	43	29	38	10,3
Mitbestimmung Arbeitnehmer ^b	22	43	40	k.A.	18
Mehrwertsteuersätze	25	44	36	k.A.	11
Durchschnitt	34,4	53,1	45,2	54,1	

Die Daten basieren auf der Frage: „Manche Leute meinen, dass bestimmte politische Bereiche von der (nationalen) Regierung entschieden werden sollten, während andere politische Bereiche gemeinsam innerhalb der EG entschieden werden sollten. Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der (nationalen) Regierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam von der gesamten EG entschieden werden sollten?“

Die Veränderung bezieht sich auf die Differenz zwischen dem ersten Jahr, in dem die Umfrage den jeweiligen Politikbereich enthielt, und dem entsprechenden letzten Jahr, in dem der Bereich gefragt war.

a Der Bereich „Kooperation mit Ländern der Dritten Welt“ heißt in den Umfragen seit 2002 „Humanitäre Hilfe“.

b Die Werte für den Bereich „Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Aufsichtsräten“ waren 1995 und 1996 gleich.

Quelle: Eurobarometer.

bei Präsidentschaftswahlen und Kommunalwahlen.¹²⁹ Mit Ausnahme von 1987 liegt die Beteiligung an Europawahlen in Portugal unter dem europäischen Durchschnitt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung aller europäischen Mitgliedsstaaten bei den Europawahlen 1989, 1994 und 1999 lag bei 56,1, 56,6

und 49,6 Prozent.¹³⁰ Portugal gehört sogar zu der Gruppe der Länder, deren Wahlbeteiligung am geringsten ist; es hatte 1994 den niedrigsten Wert aller Länder. Betrachtet man also die Beteiligung an Europawahlen als Indikator der direkten Beziehung zwischen der EU und den Bürgern, so ist der Trend in Portugal nicht besonders ermutigend.

Weitere Trends bestätigen den Eindruck der Distanz. Insbesondere auf die Frage, wie gut sie sich über die EU informiert fühlen, geben die Portugiesen an, dass sie über sehr wenige Kenntnisse verfügen. 1992 erklärte etwa ein Drittel der Befragten, sie fühlten sich über EU-Angelegenheiten „ziemlich oder sehr gut informiert“. Dieser Prozentsatz verringerte sich danach kontinuierlich. Weit bedeutender ist die Tatsache, dass die Anzahl derer, die sich zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU zeigten, während der neunziger Jahre ebenfalls gleichmäßig sank: 1993, als den Europäern diese Frage das erste Mal gestellt wurde, waren es 65, 1998 nur noch 40 Prozent.

In jüngeren Eurobarometer-Berichten stellte sich heraus, dass ein Gefühl der Distanz gegenüber der EU sowie der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU nicht von allen Teilen der portugiesischen Gesellschaft gleichermaßen geäußert wird. Tatsächlich teilen vor allem ältere Menschen, Personen mit niedrigerem Einkommen, mit niedrigem Bildungsstand sowie Frauen diese Meinung.¹³¹ Dieselben Gruppen neigen dazu, verschiedene Fragen in den Eurobarometer-Umfragen nicht zu beantworten. Diese Meinungslosigkeit kann auf einen „permissiven Konsens“¹³² im Hinblick auf die EU, auf Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen System als Ganzem oder sogar auf Abneigung gegenüber Bereichen, von denen der Eindruck entstanden ist, dass sie mit und für Eliten funktionieren, aber den Wählerwillen nur wenig berücksichtigen, zurückzuführen sein.

Ein weiterer Aspekt der Einstellungen zu Europa betrifft das Ausmaß, in dem die por-

¹²⁹ Vgl. A. Freire/P. Magalhães (Anm. 26), S. 82.

¹³⁰ Vgl. P. Delwit, et al., Le vote des Quinze, Paris 2000, S. 297.

¹³¹ Vgl. F. Nunes et al., A União Europeia, o Alargamento e o Futuro da Europa, EB-Bericht 58/2002.

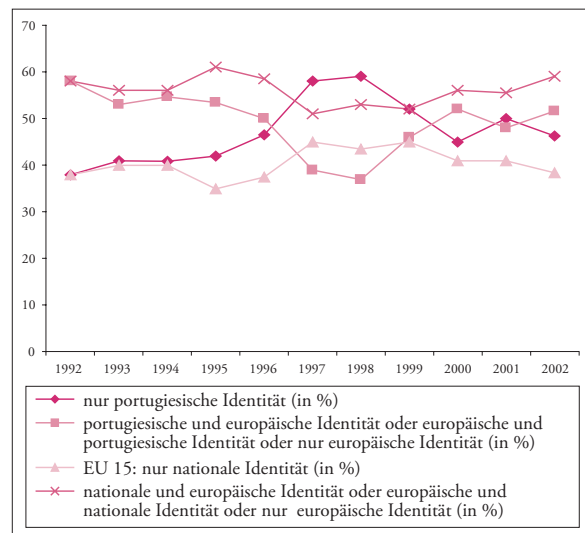
¹³² M. Bacalhau, The image (Anm. 16), S. 182.

tugiesischen Bürger die Europäisierung bestimmter Politikbereiche billigen oder für erstrebenswert halten. *Tabelle 2* zeigt, dass die Portugiesen für die Mehrheit der 2002 abgefragten Politikbereiche eine Entscheidungsfindung auf EU-Ebene vorziehen würden (mehr als 50 Prozent). Lediglich für die Bereiche Bildung und Erziehung, Kulturpolitik, Grundregeln für Rundfunk, Fernsehen und Presse, Mehrwertsteuersätze sowie Gesundheits- und Sozialwesen erklärten sie, dass die Entscheidungsfindung weiterhin auf nationaler Ebene stattfinden sollte. Interessanterweise handelt es sich bei den beiden Politikbereichen mit dem größten Anstieg der Prozentsätze derer, die sich für EU-Entscheidungen aussprechen, um die Außen- und die Währungspolitik. Die Daten deuten darauf hin, dass die portugiesische Gesellschaft im Bereich der außenpolitischen Entscheidungsfindung stärker europäisch eingestellt ist als ihre Eliten.

Ferner geht aus *Tabelle 2* deutlich hervor, dass sich die positive Einstellung zur Europäisierung in der Zeit bis 2002 nicht linear entwickelt hat. Im Durchschnitt betrachtet, wurde die Europäisierung 1992 von den Portugiesen als am erstrebenswertesten eingeschätzt. Das lässt darauf schließen, dass die Entwicklung dieser Einstellung mit der Entwicklung der affektiv beziehungsweise instrumentell geprägten Einstellungen einherging, die ihren Höhepunkt ebenfalls Anfang der neunziger Jahre hatte. In jedem Fall stieg der durchschnittliche Anteil derer, welche die Europäisierung bestimmter Politikbereiche für erstrebenswert hielten, zwischen 1989 und 2002 von 34 auf 54 Prozent an.

Die Daten des Eurobarometers ermöglichen auch eine Beantwortung der Frage, in welchem Maße sich die nationale mit einer europäischen Identität vermischt und neu gebildet hat. *Abbildung 3* scheint zunächst verwirrend. In Europa ist der Trend trotz Schwankungen aber sehr deutlich: Zwischen 1992 und 2002 erklärte die Mehrheit der Europäer, sie fühlten sich sowohl ihrer Nationalität zugehörig als auch als Europäer oder gar nur als Europäer. Lediglich ein geringer Prozentsatz gab an, sich nur der entsprechenden Nationalität zugehörig zu fühlen. In Portugal gestaltet sich der Trend anders: Danach fällt der Anteil derer, die sich zumindest zum Teil als Europäer fühlen, unter den europäischen

Abbildung 3: Nationale und europäische Identität 1992–2002: Portugal und EU 15



Quelle: Eurobarometer.

Durchschnitt und sinkt bis 1999 drastisch. Danach steigt er bis 2002 wieder langsam an. Der Anteil derer, die sich „nur als Portugiesen“ fühlen, liegt stets über dem EU-Durchschnitt und schwankt sehr stark. Er erreicht 1999 seinen Höhepunkt. Im Gegensatz zum europäischen Durchschnitt ist der Anteil derer, die sich ausschließlich als Portugiesen fühlen, in mehreren Jahren höher als der Anteil derer, die sich wenigstens zum Teil als Europäer fühlen. Am auffälligsten sind die starken Schwankungen im vergangenen Jahrzehnt.

Schlussbetrachtungen

Ebenso wie der Einfluss der EU auf den Alltag jedes Bürgers gewachsen ist, sind auch die Einstellungen der Bürger zur EU differenzierter geworden, was je nach dem spezifischen Gesichtspunkt der Integration, der zu untersuchen ist, variieren kann. Schon das Vorhandensein dieser differenzierten Einstellungen ist ein wichtiges Zeichen für die Tiefe der Beziehung zwischen den Bürgern und der EU. Es lässt auch darauf schließen, dass die EU als politisches System *sui generis* angesehen werden kann.

Die Einstellungen der Portugiesen zur EU sind deutlich positiv, sowohl aus affektiver als auch aus instrumenteller Sicht. Doch der portugiesische Konsens basiert im Gegensatz zum Rest der EU stärker auf dem engeren instrumentellen Blickwinkel als auf der weiter reichenden Wahrnehmung der EU als „einer guten Sache“. Bezüglich der Einstellungen zur EU als politisches System sind die Daten paradox: Während sich die Portugiesen kaum an Europawahlen beteiligen und zunehmend unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sind, ist die Zahl derer angestiegen, welche die Europäisierung von politischen Schlüsselbereichen wie Außen- und Währungspolitik befürworten. Dies deutet darauf hin, dass die EU als ein zwar wenig demokratischer, aber leistungsfähiger Entscheidungsträger betrachtet wird.

Die Trends bezüglich des Gefühls nationaler Identität zeigen, dass die Portugiesen mehrheitlich keinen europäischen Bestandteil in ihrer nationalen Identität verspüren. Dies mag zum einen mit dem Befund zusammenhängen, dass die Sicht auf die EU vor allem instrumentell bestimmt ist. Zum anderen könnte es aber auch mit der relativ jungen „europäischen Rhetorik“ der politischen Eliten in Zusammenhang stehen.

Ferner schwanken die Trends bezüglich der europäischen Bestandteile in der portugiesischen Identität beträchtlich, ebenso wie andere Trends, die sich auf die Akzeptanz der Europäisierung bestimmter Politikbereiche beziehen. Dies lässt umso mehr darauf schließen, dass die Einstellungen der Portugiesinnen und Portugiesen wohl positiv, aber von einer instrumentellen und utilitaristischen Grundlage geprägt sind, die – insbesondere aus europäischer Perspektive – nicht sonderlich solide ist.

Jernej Pikalo

Slowenien in der Europäischen Union

Der Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union (EU) am 1. Mai 2004 markierte für die nördlichste Republik des ehemaligen Jugoslawien das Ende der so genannten „Übergangsperiode“ und stellte zugleich den Höhepunkt jener Anstrengungen dar, die in den 13 Jahren zuvor in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen unternommen worden waren, um den Weg zu einer – so hoffte man – neuen und anderen Herangehensweise an Politik zu ebnen. Es hatte den Anschein, als werde die kleine Alpenrepublik ein neues Kapitel in ihrer Geschichte aufschlagen. In den 13

Jahren seit der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 hatte die slowenische Gesellschaft einen weit reichenden und tief gehenden Wandel durchlaufen. Dies waren keineswegs die einzigen drastischen Veränderungen im vergangenen Jahrhundert gewesen, und doch herrschte das Gefühl vor, dass sie für die gegenwärtige und zumindest eine Reihe künftiger Generationen prägend waren und *das* Ereignis ihres politischen Lebens darstellten.

Dieser Beitrag zeichnet diese Veränderungen vor dem Hintergrund der wichtigsten Faktoren nach, die das politische Leben Sloweniens innerhalb der EU prägen. Er skizziert zunächst die politische Kultur und Landschaft des Landes, denn althergebrachte politische Verhaltensmuster sind noch immer ausgeprägt und unerlässlich zum Verständnis der Gegenwart. Slowenien setzte seine Unabhängigkeit gegen Jugoslawien durch, um die Mitgliedschaft in dem einen Verband gegen die in einem anderen auszutauschen, eben

Jernej Pikalo

Dr. phil., geb. 1975; Dozent für Politische Theorie, Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Ljubljana, Kardeljeva ploscad 5, 1000 Ljubljana/Slowenien.
jernej.pikalo@fdv.uni-lj.si

Übersetzung aus dem Englischen: Susanne Laux, Königswinter.

jene in der EU. Der Beitrag vollzieht den Weg Sloweniens in die EU nach und analysiert die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2004, das bislang „europäischste“ politische Ereignis in Slowenien.

In der zweiten Hälfte der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre vollzog sich die Pluralisierung und Demokratisierung des politischen Lebens in Slowenien, deren Ergebnis die Einführung des Mehrparteiensystems war. Die Höchstzahl von 124 Parteien reduzierte sich auf 38, die derzeit im staatlichen Register aufgeführt werden. Zurückgegangen ist auch die Zahl jener Parteien, die sich um einen Sitz in der Nationalversammlung bewerben: An der Wahl von 1990 nahmen 15 Parteien teil, 1992 waren es 33 sowie 22 im Jahr 1996 und 23 im Jahr 2000. 1990 schafften neun Parteien den Sprung ins Parlament, 1992 acht, 1996 sieben, 2000 trotz der erhöhten Sperrklausel acht sowie 2004 sieben Parteien. Mit der Konsolidierung der Demokratie hat sich die Zahl der Parteien weiter reduziert und wird wohl noch weiter sinken, da den übrig gebliebenen Parteien mit Ausnahme einiger außerparlamentarischer Gruppierungen ein mehr oder weniger begrenztes politisches Leben beschieden zu sein scheint.

Lager, Trennlinien und Parteien

Slowenien ist eine pluralistische Gesellschaft. Vielfalt steht in Slowenien aber nicht nur für Unterschiede, sondern auch für gesellschaftliche Konflikte. Häufig ist es so, dass die Er rungenschaften, die ein gesellschaftlicher Teilbereich für sich erzielt, von anderen Teilbereichen als Niederlage begriffen werden und die verschiedenen Gruppen zu keinen Zugeständnissen bereit sind, wenn es um Dinge geht, auf die sie ihre Identität stützen. Sozialer Zusammenhalt kann sich deshalb nur entwickeln und vertiefen, wenn diese entscheidenden Identitätsmerkmale keinem plötzlichen oder revolutionären Frontalangriff ausgesetzt werden. Die politische Kultur Sloweniens ruht auf drei Säulen.¹ Der festgefügteste und bestorganisierte Teilbereich der slowenischen Gesellschaft ist der katholische

Block; ihm folgen das sozialistische und das liberale Lager.

Menschen, die zur katholischen Sektion zählen, leben vor allem in ländlichen Gebieten, während Anhänger der sozialistischen und liberalen Richtung vor allem in urbanen Zentren anzutreffen sind. Der katholische Block hat eine Reihe eigener politischer Parteien und neuer Interessengruppen ins Leben gerufen sowie eine eigene Tageszeitung („Slovenec“) und Radio- und Fernsehprogramme gegründet. Er hat weiterführende Schulen sowie Kindergärten eingerichtet und ist bemüht, im öffentlichen Schulsystem an Einfluss zu gewinnen. Dennoch operiert der katholische Block nicht als politische Einheit – vielmehr ringen die Parteien des so genannten „Slowenischen Frühlings“ miteinander um die Vormachtstellung innerhalb des katholischen Lagers. Dieser innere Kampf hat die Parteien bis zum Jahr 2004 davon abgehalten, eine politische Koalition einzugehen. Vor zwei Jahren wurde eine Mitte-Rechts-Regierung gebildet, die bis heute amtiert.

Die Regierungskoalition wird von der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS) angeführt, die 1989 nach einem Streik der Gewerkschaften in der Fabrik von Litostroj entstanden war und bis September 2003 den Namen Sozialdemokratische Partei Sloweniens trug. Erster Vorsitzender der SDS war France Tomšić, sein Nachfolger Jože Pučnik. Zwischen 1992 und 1993 bereitete die SDS den Boden für das Zusammengehen mit den Sozialisten und Reformkommunisten, mit der Übernahme der Parteiführung durch Janez Janša aber gab die Partei viel von ihrem sozialdemokratischen Wahlprogramm auf, so dass aus diesem Zusammenschluss letztlich nichts wurde. Heute gilt die SDS als liberal-konservativ und ist politisch der rechten Mitte zuzuordnen. Seit den Wahlen des Jahres 2000 unternimmt sie den Versuch, sich wieder der politischen Mitte anzunähern, und hat aus diesem Grund auch ihren Namen in Slowenische Demokratische Partei geändert. Die SDS hatte von 1990 bis 1994 der Regierungskoalition angehört, verließ diese aber nach einem gegen den damaligen Verteidigungsminister Janša gerichteten Misstrauensvotum. 1992 erhielt die SDS Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationalen, der 1996 wieder aberkannt wurde. Sie ist Mitglied der Internationalen Demokratischen Union

¹ Vgl. dazu Igor Lukšič, *Politični sistem Republike Slovenije: očrt – The Republic of Slovenia's Political System: A Premier*, in: *Znanstveno in publicistično središče*, Ljubljana 2001.

(IDU) und der Europäischen Volkspartei (EVP). Im Jahr 2000 stellte die SDS für vier Monate die stärkste Kraft in der Regierung, und seit Oktober 2004 bildet sie zusammen mit der Partei Neues Slowenien (NSi), der Slowenischen Volkspartei (SLS) sowie der Demokratischen Partei der Rentner Sloweniens (DeSUS) eine Regierungskoalition, die eine Mischung aus neoliberalen Wirtschafts-ideen und traditionalistischen Denkweisen vertritt und der Janša als Ministerpräsident vorsteht.

Die im Frühjahr 1988 gegründete Slowenische Volkspartei (SLS), die zweitstärkste Kraft in der Koalition, entstand aus dem slowenischen Bauernverband; ihre ersten Vorsitzenden waren Ivan Oman und Marjan Podobnik. Oberstes politisches Ziel der SLS ist der Schutz der ländlichen Gebiete und der Grundlagen der Landwirtschaft. Zahlenmäßig hatte die SLS nur wenige Funktionäre aufzubieten, und so stellte sie, obwohl von 1990 bis 1992 zweitstärkste Kraft in der Regierungskoalition, in diesen Jahren nur ein Kabinettsmitglied. 1996 ging die SLS erneut als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervor, ihr Regierungshandeln während des Jahres 2000 schadete ihrem Ruf jedoch nachhaltig. Im April 2000 schloss sich die SLS mit den Slowenischen Christdemokraten (SKD) zu einer neuen Partei zusammen, die sich ebenfalls Slowenische Volkspartei nennt und unter dem Kürzel SLS firmiert.

Die SKD war jene Partei, die den Rückhalt der katholischen Kirche genoss und vor allem in ländlichen Gebieten zahlreiche Anhänger fand. Ihre Vorläufer hatte die 1989 gegründete SKD in der katholischen Bewegung; ihr Vorsitzender bis zum Zusammenschluss mit der SLS war Lojze Peterle, der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der Republik Slowenien. Bei den Parlamentswahlen konnte die SKD zuletzt immer weniger Stimmen auf sich vereinen; zudem machte der noch unerfahrene Peterle in seiner Amtszeit als Ministerpräsident (bis 1992) viele Fehler, indem er wichtige Aufgaben an seine Minister übertrug. Von 1993 bis 1997 gehörte die SKD der Regierung an und stellte den stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die SKD war Mitglied der Christdemokratischen Internationalen (IDC-CDI) und der Europäischen Demokratischen Union (EDU) und nahm im politischen Spektrum eine Stellung rechts von

der Mitte ein. Nach dem Zusammenschluss mit der SLS im April 2000 übernahmen einige ihre Mitglieder Ämter in der Koalitionsregierung.

Erster Parteivorsitzender dieser „neuen“, aus SLS und SKD formierten Slowenischen Volkspartei (SLS) war France Zagožen; seine Stellvertreter waren die beiden früheren Parteivorsitzenden sowie Andrej Bajuk, der im Jahr 2000 fünf Monate als Ministerpräsident amtierte. Als einzige politische Aktion dieses Parteizusammenschlusses wird die Bildung einer Koalitionsregierung im Juni 2000 in die Geschichte eingehen. Als nämlich die SLS im Juli 2000 vorgeschlagene Verfassungsänderungen unterstützte, hatte dies den Rücktritt zweier stellvertretender Parteivorsitzender zur Folge. Diese riefen nun ihrerseits eine neue Gruppierung ins Leben, die Partei Neues Slowenien (NSi), und halbierten damit faktisch den Einfluss der SLS, die trotz ihres Zerfalls und ihrer Wahlniederlage drei Minister in die Regierung entsandte. 2001 wurde Franci But zum Parteivorsitzenden der SLS gewählt. 2004 fuhr die Partei zwar ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Erlangung der Unabhängigkeit ein, wurde aufgrund des Bündnisses mit der SDS, der NSi und der DeSUS aber dennoch wieder Regierungspartei. Die SLS ist als rechtsliberal einzustufen und Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP).

Die christlich orientierte Partei Neues Slowenien (NSi) wurde, wie bereits beschrieben, von ehemaligen Mitgliedern der SLS gegründet; zum ersten Parteivorsitzenden wurde Andrej Bajuk gewählt. Die nach der Wahl 2000 eingegangene formale Koalition und enge Zusammenarbeit zwischen NSi und SDS, der Slowenischen Demokratischen Partei, setzte sich auch nach den Parlamentswahlen fort, als beide Parteien in die Opposition gingen. Wie die SDS reiht sich auch die NSi unter das Dach der EVP ein, allerdings ist sie so stark konservativ ausgerichtet, dass ihre Stellung am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln ist. Aufgrund dieser organisatorischen Entwicklungen mussten alle Parteien, die sich um eine Aufnahme in die EVP bemühten, ihren Antrag formell neu einreichen – auch wenn die SLS und die SKD in den neunziger Jahren bereits mit der EVP zusammengearbeitet hatten. Im Juli 2001 sprach sich der Erweiterungsausschuss der EVP für die Aufnahme aller drei

slowenischen Parteien aus. Das politische Büro der EVP erteilte ihnen im September 2001 den Status von Beobachtern, der im Mai 2003 schließlich zu einer assoziierten Mitgliedschaft heraufgestuft wurde.¹² Mit dem Beitritt Sloweniens zur EU wurden die Parteien Vollmitglieder der EVP.

Der sozialistische Block ist im Vergleich zu seinem rechten, katholischen Gegenpol weniger gut organisiert. Politische „Dachorganisation“ sind die Sozialdemokraten, die enge Beziehungen zur größten Gewerkschaft des Landes pflegen. Das sozialistische Lager weist keine anderen Interessengruppen oder Zusammenschlüsse auf, die meisten seiner Initiativen gehen daher auf einzelne Gruppen oder Personen zurück. So wie der katholische Block in einzelne Fraktionen aufgesplittet ist, verteilen sich auch die Anhänger des sozialistischen Lagers auf eine ganze Reihe politischer Parteien, im Besonderen die Sozialdemokraten, die Christlichen Sozialisten, die Demokratische Partei, die Demokratische Partei der Rentner (DeSUS) und die Partei der Jugend (SMS).

Die 1993 gegründeten Sozialdemokraten (SD) waren bis 2005 unter dem Namen Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD) bekannt und bündelten Kräfte aus der Partei der Demokratischen Erneuerung (die früheren Kommunisten), der Sozialdemokratischen Union sowie Teilen der Sozialistischen Partei und der Arbeiterpartei. Erster Vorsitzender der Partei war Janez Kocjančič. Der Stimmenanteil der ZLSD ging zunächst mit jeder Parlamentswahl kontinuierlich zurück; seit dem politischen Aufstieg von Borut Pahor und den für sie recht erfolgreichen Wahlen des Jahres 2000 aber hat sich ihr politischer Einfluss erheblich gesteigert. Seit 1996 gehört die ZLSD der Sozialistischen Internationalen an, hatte zunächst Beobachterstatus bei der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und erhielt 1999 den Status eines assoziierten Mitglieds. In einer Ausnahmeregelung gestand die SPE allen Parteien aus Beitrittsländern mit Unterzeichnung der Beitrittsverträge die Vollmitgliedschaft zu, die

für die ZLSD ab dem 16. Mai 2003 galt.¹³ Die ZLSD fühlt sich der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor eng verbunden und nimmt einen Platz in der linken Mitte des politischen Spektrums ein. Zwischen 1993 und 1996 war sie Mitglied der Regierungskoalition, verließ diese jedoch ein Jahr vor den Wahlen wegen einer Verletzung der Koalitionsvereinbarung. Nach den vergleichsweise erfolgreichen Wahlen des Jahres 2000 trat die ZLSD mit drei Ministern in die Regierung ein, und Pahor wurde Präsident der Nationalversammlung. Bei den Wahlen 2004 wurde die ZLSD zwar drittstärkste Partei, fand sich angesichts der Koalition der drei konservativen Parteien mit der DeSUS aber auf den Oppositionsbänken wieder.

Am wenigsten ausgeprägt ist die Organisationsstruktur des liberalen Blocks. Eine einheitliche Organisation war in den vergangenen drei Legislaturperioden allerdings auch kaum erforderlich, da liberale Vorstellungen in der Marktwirtschaft und der liberalen Demokratie zum vorherrschenden ideologischen Repertoire gehören. Politisch ist der liberale Block unter dem Dach der Liberalen Demokraten Sloweniens (LDS) organisiert. In der kurzen parlamentarischen Geschichte Sloweniens ist die LDS die bislang stärkste Partei. Sie entwickelte sich aus dem Verband der Sozialistischen Jugend in Slowenien (ZSMS), dessen letzter Präsident Jožef Školč auch erster Vorsitzender der LDS wurde. 1992 trat Janez Drnovšek, der ehemalige Repräsentant der Teilrepublik Slowenien in der jugoslawischen Führung, der LDS bei und wurde ihr Vorsitzender. 1994 gingen einige Parteien wie die Demokratische Partei Sloweniens (DSS), die Grünen (ZS) und die Sozialistische Partei Sloweniens (SSS) in der LDS auf. Die LDS war von 1992 bis 2004 (mit wechselnden Koalitionspartnern) an allen Regierungen beteiligt und stellte von neun Regierungen seit 1990 sieben Mal den Ministerpräsidenten – ihre Macht und ihr Einfluss wuchsen mit jeder Wahl. Die LDS ist in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt und Mitglied des rechten Flügels der Liberalen Internationalen. Auf europäischer Ebene gehört sie den Europäischen Liberalen Demokraten (ELDR) an. Die LDS nahm in den neunziger Jahren an vielen Treffen der ELDR teil, doch bestehen nur lose Kontakte zwischen den ihr

¹² Vgl. Damjan Lajh/Alenka Krašovec, Co-Operation between Slovenian Parliamentary Political Parties and European Party Federations, in: Ladislav Cabada/Alenka Krašovec (Hrsg.), Europeanisation of National Political Parties, Plzen 2004, S. 161–177, hier: S. 170.

¹³ Vgl. ebd., S. 171.

angehörenden Parteien. 1992 wurde die LDS assoziiertes Mitglied, 1998 Vollmitglied der ELDR.¹⁴ Kurzzeitig musste die LDS die Führung der Regierung im April 2000 abgeben, wurde nach der Parlamentswahl im Oktober aber erneut als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Ein Führungswechsel innerhalb der Partei (Drnovšek übergab die Ämter des Parteivorsitzenden und des Ministerpräsidenten nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten an Tone Rop) sowie schwindender Rückhalt bei den Wählern kennzeichnen die Regierungszeit der LDS in den Jahren 2000 bis 2004, bis sie sich im Oktober 2004 der SDS geschlagen geben musste und in die Opposition ging.

Ließe sich eine einzelne Trennlinie (*cleavage*) im politischen Leben Sloweniens ausmachen, dann wäre dies die Rolle der katholischen Kirche in der Gesellschaft. Entlang dieser Linie hat sich die Gesellschaft bereits in der Geschichte geteilt, und das ist auch heute nicht anders. Politisch links zu stehen heißt in Slowenien, sich gegen den Einfluss der katholischen Kirche in sozialen Fragen zu stellen, nicht unbedingt, klassischen „linken“ Ideen wie etwa sozialer Sicherheit, Arbeitnehmerrechten und Steuergerechtigkeit anzuhängen. Die Unterteilung nach ländlich und urban oder nach entstehenden Klassegegensätzen wird nahezu verdeckt von der Unterscheidung in katholisch und nicht katholisch.

Trotz dieses tiefen Grabens ist das politische System stabil. Dies ist vor allem auf die Offenheit für große Koalitionen zurückzuführen, die in der Vergangenheit vor allem aus politischer Furcht, ein politischer Block könne den anderen vollständig neutralisieren, gebildet wurden. Der Erfolg großer Koalitionen einerseits und das politische Versagen von Koalitionen, die sich aus nur einem Lager speisten, andererseits trugen dazu bei, diese Befürchtungen zu entkräften. Ihr Erfolg machte deutlich, dass die alten Modelle der Intoleranz und des mangelnden Willens zur Zusammenarbeit sowie Versuche, politische Bewegungen komplett aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, in Slowenien nur wenig Rückhalt genießen. Die schwindende öffentliche Unterstützung für die 2004 aus einem politischen Lager gebildete Koalition und der zunehmende öffentliche Protest

gegen deren Arbeit sind hierfür nur weitere Beweise.

Sloweniens Weg in die EU

In dem nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Staatsgefüge Jugoslawiens spielte Slowenien auf internationaler Ebene nur eine untergeordnete Rolle, da den Teilrepubliken keine gleichberechtigte Teilnahme an der Außenpolitik gestattet wurde. Schnell musste Slowenien nach Erlangung der Unabhängigkeit lernen, eigenständig internationale Politik zu betreiben. Eine der ersten Lektionen war das Ringen um die völkerrechtliche Anerkennung, da weder die USA noch die führenden europäischen Mächte die Auflösung Jugoslawiens unterstützten. Nach dem slowenischen Sieg im so genannten Zehntagekrieg, dem Abkommen von Brioni (Juli 1991) und dem Rückzug der jugoslawischen Volksarmee von slowenischem Gebiet ging der Prozess der internationalen Anerkennung schnell vonstatten. Die Unterstützung Deutschlands, das zu diesem Zeitpunkt (nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Vereinigung der beiden deutschen Staaten) nachdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintrat, war entscheidend. Das erste Land, das die Unabhängigkeit Sloweniens offiziell anerkannte, war Kroatien, gefolgt von den baltischen Staaten und Georgien.

Die Mitgliedschaft Sloweniens in der EU wurde lange Zeit von allen politischen Lagern unterstützt. Die „Europäisierung ist zu einer Art Ersatz für die alte Ideologie geworden“, ¹⁵ die Mitgliedschaft in der EU war schon vor der formellen Unabhängigkeit das strategische Ziel der slowenischen Außenpolitik. Der EU-Beitritt hatte nicht nur wirtschaftliche, soziale und politische Beweggründe, sondern war für einen Großteil der Bevölkerung auch ein Weg, den babylonischen Verhältnissen auf dem Balkan zu entrinnen. Das „neue“ Slowenien wollte sich von den Kriegen und dem Blutvergießen in den übrigen Balkanstaaten abgrenzen. Slowenien war bestrebt, von sich selbst das Bild einer kleinen, friedlichen Alpenrepublik zu zeichnen, in der Dinge „auf europäische Art“ erledigt werden.¹⁶ Der EU

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. Danica Fink Hafner/Damjan Lajh, zit. in: ebd., S. 168.

¹⁶ Diese offizielle Denkweise war vor allem bei der slowenischen Jugend verbreitet; ihr Bestreben aber,

beizutreten war ein strategischer Schritt – ungeachtet einiger überschwänglicher Rufe nach einem unabhängigen Status ähnlich dem der Schweiz.

Irena Brinar unterscheidet sechs Phasen der Annäherung Sloweniens an die EG/EU:¹⁷ zunächst die Phase der „Bewusstwerdung“ (1957–1970), in der vor allem die Ideologie einer engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft im Wege stand, Jugoslawien die Arbeitsmigration in Länder der EG jedoch gestattete; zweitens die Phase der „Wiederannäherung“ (1970 bis in die späten achtziger Jahre), die vor allem im Handel durch eine Zeit der schrittweisen Intensivierung der Beziehungen zur EG gekennzeichnet war. Als dritte Phase folgte die „EU-phorie“ (späte achtziger bis frühe neunziger Jahre), in der die EU als Allheilmittel für die meisten Wirtschaftsprobleme Sloweniens und als Lösung der politischen Herausforderungen betrachtet wurde. Als vierte Phase nennt Brinar die „EU-Skepsis“ (1993–1996), die durch die Verhandlungen zum Europa-Abkommen und damit einhergehenden Emotionen gekennzeichnet ist. Daran schließt sich die fünfte Phase der „EU-Nüchternheit“ an (1996–1997), in der die emotionale Debatte einer rationaleren Kosten-Nutzen-Analyse einer Mitgliedschaft Platz machte, und sechstens schließlich die Phase des „EU-Realismus“ (seit 1997), die sich durch eine hohe Zustimmungsrates zum Beitritt auszeichnet.

Am 3. Juli 1997 unterzeichneten die Führer aller slowenischen Parlamentsparteien – mit Ausnahme der kleinen Slowenischen Nationalpartei (SNS), die nach den Wahlen 2000 nur noch mit 4,4 Prozent der Stimmen im Parlament vertreten war und 2004 bei der Europawahl nur knapp über fünf Prozent erhielt – eine besondere Erklärung zur Zusammenarbeit in der Beitrittsphase zur EU.¹⁸ Damit gab es nahezu keinen Widerstand gegen den EU-Beitritt, und alle Verhandlungspositionen wurden vom Parlament gebilligt.

den „Balkan-Parteien“ etwas entgegenzusetzen, brachte diese erst recht wieder in Mode.

¹⁷ Vgl. Irena Brinar, *Europeanisation of Public administration in Slovenia*, Ms. für die 10. Generalkonferenz des Europäischen Verbandes der Entwicklungsforschungs- und Ausbildungsinstitutionen (EADI), Ljubljana 2002.

¹⁸ Vgl. D. Lajh/A. Krašovec (Anm. 2), S. 169.

Parallel zum Beitrittsprozess vollzog sich eine Reihe anderer Entwicklungen. Weil Slowenien ein neu gegründeter Staat war, mussten auch fast alle staatlichen Systeme neu aufgebaut werden, einschließlich der Armee, der Bürokratie und des diplomatischen Apparates. Die Planwirtschaft wurde mittels Privatisierung und Reprivatisierung des früheren Allgemeinbesitzes durch den Kapitalismus abgelöst. Die Annäherung an die EU und die Annahme des *acquis communautaire* wurden als Chance gesehen, die normativen Grundlagen für einen modernen Staat zu legen. So gesehen war die „Annäherung“ (wegen der gleichzeitigen Modernisierungsprozesse) wohl weniger eine Wiederannäherung an die EU als eine Eingliederung der EU ins eigene Land. Politiker waren sich dessen sehr bewusst und führten die EU häufig als Vorwand ins Feld, wenn es um die Einführung von (im Wortsinn) unpopulären Maßnahmen ging, ob diese nun mit der EU zu tun hatten oder nicht.

Obwohl sie den progressiven Kräften lange als politisches Symbol diente, war die europäische Integration bis 1994 kein Thema in öffentlichen Meinungsumfragen. Die erste diesbezügliche Erhebung¹⁹ zeigte, dass 17,3 % der Bevölkerung den EU-Beitritt Sloweniens nachdrücklich begrüßten, 57,4 % ihn begrüßten, nur 3,1 % ihn ablehnten und 0,3 % entschieden dagegen waren. 21,9 % der Befragten enthielten sich einer Antwort auf diese Frage. In derselben Umfrage bekundeten 45,8 % der Befragten, sich als Bürgerinnen und Bürger der Republik Slowenien zu fühlen, während sich 47,7 % auch als Europäer verstanden. Eine weitere Untersuchung der öffentlichen Meinung in Slowenien zeigte im Jahr 2001, dass eine beträchtliche Mehrheit der Befragten (78,4 %) der Ansicht war, kleinere Länder wie Slowenien befänden sich in der EU nicht auf Augenhöhe mit größeren Staaten.¹⁰ Die größten Vorteile von einer EU-Mitgliedschaft wurden im wirtschaftlichen Bereich erwartet (60,1 %), in der Ent-

¹⁹ Vgl. Niko Toš (Hrsg.), *Vrednote v prehodu II: Slovensko javno mnenje 1990–1998* (Values in Transition II: Slovenian Public Opinion 1990–1998), Ljubljana 1999.

¹⁰ Vgl. Zlatko Šabič/Milan Brglez, *The national identity of post-communist small states in the process of accession to the European Union: the case of Slovenia*, in: *Communist and Post-Communist studies*, 35 (2002), S. 67–84, hier: S. 78.

wicklung der Demokratie (58,6 %) und Fragen der Sicherheit (73 %). Am wenigsten versprachen sich die Slowenen für die Bewahrung der slowenischen Sprache und Kultur (37,1 %).

Am Ende der Verhandlungen mit der EU und der NATO stand im März 2003 ein Referendum, bei dem 89,64 % der Wählerinnen und Wähler für einen Beitritt zur EU votierten sowie 66,08 % für einen Beitritt zur NATO. Dieses Ergebnis bestätigte, was in der slowenischen Politik schon lange bekannt war: Die Mitgliedschaft in der EU war ein unumstrittenes, vom gesamten politischen Spektrum verfolgtes Ziel, während der Beitritt zur NATO von fast der Hälfte der Bevölkerung abgelehnt wurde (laut Meinungsumfragen fanden entsprechende Bemühungen der Regierung erst 1994/95 wegen der anhaltenden Kriege auf dem Balkan wachsenden Rückhalt). Die Ergebnisse zeigen, dass eine Mehrheit der Bürger den Beitritt zur EU in vielerlei Hinsicht als gute Lösung für Slowenien sah, und dies nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten. Im Vergleich zu einer Aufnahme in die NATO war der Widerstand gegen einen EU-Beitritt gering, und einige Kommentatoren suggerierten sogar, nur die zeitgleiche Befragung habe die Abstimmung über einen NATO-Beitritt vor einem Misserfolg gerettet, da das Referendum über den EU-Beitritt für eine hohe Wahlbeteiligung (60,44 %) gesorgt und Wähler an die Urne gelockt habe, die an diesem Thema gar nicht unbedingt interessiert waren. Mit dem Beitritt zur EU und zur NATO hat Slowenien indes seine wichtigsten außenpolitischen Ziele erreicht.

Die Europawahl 2004

Das erste große Ereignis seit der EU-Mitgliedschaft war die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004. Zunächst hatte es den Anschein, als ob ihm die politischen Parteien und Listen hohe Bedeutung beimessen würden, doch erwies sich dieser Wahlgang für die etablierten Parteien nur als Testlauf für die im Oktober stattfindenden Parlamentswahlen. Für die weniger bekannten Parteien war er eine Chance, auf sich aufmerksam zu machen.

Insgesamt nahmen 13 Listen an der Europawahl teil, die in ihrer Ausrichtung von kon-

servativ bis liberal und sozialdemokratisch reichten. Im Bündnis mit der DeSUS warb die LDS für liberale und soziale Werte. Kernpunkte ihres Wahlprogramms betrafen eine wettbewerbsorientierte und innovative Wirtschaft, ein gesundes und grünes Slowenien, die Informations- und Wertevielfalt, die Sozialpolitik sowie die Solidarität zwischen den Generationen.¹¹ Die Slowenische Demokratische Partei ging mit einem (vor allem vor dem Hintergrund der politischen Kultur) konservativen Programm ins Rennen um die Wählerstimmen und bezeichnete eine verbesserte Unternehmenskultur, die Entwicklung ländlicher Gebiete, kulturelle Fragen, eine ausgeglichene Entwicklung der Regionen, die effiziente Verteilung von EU-Fördermitteln und ein der EU vergleichbares Ausbildungssystem als ihre Hauptanliegen.

Die ZLSD wiederum hielt sich an das Programm ihrer sozialistischen Familie in der EU, der SPE, und betonte Chancengleichheit für alle, Solidarität und Verringerung sozialer Unterschiede, innere Sicherheit, Gleichstellung der Geschlechter sowie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, während die Slowenische Volkspartei (SLS) für die Wahrung „slowenischer Grundwerte“ und der slowenischen Kultur und Sprache sowie eine Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins eintrat, für ein Europa der Bürger, für mehr Europa in Slowenien (was heißen sollte: mehr Solidarität Europas mit Slowenien), für eine bessere soziale Absicherung älterer Menschen und einen höheren Lebensstandard. Die der EVP angehörende Partei Neues Slowenien (NSi) setzte auf Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit, Wohlstand sowie auf Gerechtigkeit in Europa, eine verantwortungsvolle Verwaltung des EU-Haushalts sowie eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen und europäischen Landwirtschaft.¹² Die Partei der Jugend (SMS) und die Grünen – die einzige Partei, die sich den europäischen Grünen verbunden fühlt – betonten Ziele wie Solidarität, gleiche Rechte für alle, Verantwortung für die Umwelt sowie entschlossene Änderungen in der Energie- und Verkehrspolitik.

¹¹ Vgl. Simona Kustec Lipicer/Alenka Krašovec, Party-based Euroscepticism in Slovenia: Elections to the National and European Parliaments, in: L. Cabada/A. Krašovec (Anm. 2), S. 219–238, hier: S. 227.

¹² Vgl. ebd., S. 228.

Vor allem aufgrund der Euphorie nach dem Beitritt hätte man aufwändige Kampagnen und hitzige Debatten erwarten können, doch das Gegenteil trat ein: Der Wahlkampf erschien mittelmäßig und langweilig, blieb frei von echten politischen Auseinandersetzungen. Zum Ersten hatten die Parteien schon die in weniger als vier Monaten stattfindenden Parlamentswahlen vor Augen und betrachteten die Europawahl lediglich als Stimmungstest. Einige Parteien nutzten dies, indem sie ein ähnliches graphisches Design für beide Wahlkämpfe verwendeten, was beträchtlich zu ihrem Erfolg bei den nationalen Wahlen beitrug. Sowohl der personelle als auch der finanzielle Aufwand bei der Europawahl hielt sich in Grenzen, was sich vor allem in der Auswahl der Kandidaten zeigte. Abgesehen von Borut Pahor, dem amtierenden Sprecher der Nationalversammlung von der ZLSD, und Lojze Peterle, dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Außenminister, der von Neues Slowenien (NSi) ins Rennen geschickt wurde, gehörten die Kandidaten nicht zur ersten Riege der slowenischen Politiker. Die Parteien nahmen eine abwartende Haltung ein und schonten ihre Kräfte für die nationalen Wahlen, auch wenn die Menschen vielleicht „stärkere“ Kandidaten erwartet hatten.

Zweitens waren die Wähler nur unzureichend darüber informiert, worüber sie denn abzustimmen hatten. Die politischen Parteien unternahmen wenig, um die Wähler von der Bedeutung des Europäischen Parlaments auch für die nationale Politik zu überzeugen und sie über dessen Funktionsweise sowie über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren. Da Slowenien der EU erst einen Monat zuvor beigetreten war, standen kaum brennende europäische Themen auf der Tagesordnung, und so drehte sich die Debatte vor allem um nationale Fragen. Dies gab den Wählern das Gefühl, die Europawahl sei nicht so wichtig, was sich in einer entsprechend niedrigen Wahlbeteiligung niederschlug.

Drittens wurden im Wahlkampf sehr konfuse und mehrdeutige Botschaften vermittelt. Die Slowenische Volkspartei betrieb zunächst eine Kampagne, die ihrer traditionellen Wählerschaft zuwider lief, vor allem junge, moderne und unentschiedene Wähler ansprechen sollte und ländliche Wähler mit eher traditionellen Ansichten vergaß. Mitten im Wahlkampf wollte sie dies korrigieren, machte dabei

aber widersprüchliche Aussagen. Die ZLSD wählte (in Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei Europas und die Sozialistische Internationale) eine rote Rose zum Symbol, deren Bedeutung aber nur einer Minderheit der slowenischen Wähler bekannt war. Hinzu kam, dass nach dem Verhältniswahlrecht abgestimmt wurde, bei dem weniger die Kandidaten selbst als die Listen der Parteien im Mittelpunkt standen. Das empfand eine Mehrheit der Wähler offenbar als wenig attraktiv. Aufgrund dieser und anderer Gründe lag die Wahlbeteiligung bei der Europawahl so niedrig wie nie seit Erlangung der Unabhängigkeit – von den mehr als 1,6 Millionen Wahlberechtigten gaben nur 461 000 ihre Stimme ab.

Für die größte Überraschung der Wahlen sorgte Neues Slowenien, das einen auf Peterle zugeschnittenen Wahlkampf führte, der sich als Mitglied des EU-Verfassungskonvents auch auf europäischem Parkett profiliert hatte. Die NSi zog den größten Nutzen aus dem Verhältniswahlrecht, nach dem das gesamte Land einen Wahlbezirk darstellte. Peterle vereinte so viele Stimmen auf sich, dass es für zwei Sitze im EP reichte, und seine Partei erzielte den höchsten Stimmenanteil – zum ersten Mal seit Jahren lag sie vor den Liberalen Demokraten. Gemessen daran, dass sie eine gemeinsame Liste mit der DeSUS aufgestellt hatten, waren die Liberalen Demokraten die Verlierer der Europawahl. Sie konnten nur zwei Sitze im Europäischen Parlament erringen – sehr viel weniger als erwartet. Zu den Wahlverlierern gehörte auch die Slowenische Volkspartei, die keinen einzigen Sitz im EP besetzen konnte. Dies hat weit reichende symbolische Bedeutung und ist Ausdruck der Veränderungen im rechten politischen Spektrum. Die Partei, der eine (zumindest kurzzeitige) Vereinigung der rechten Kräfte unter ihrem Namen gelungen war, büßte ihre Anziehungskraft gegenüber neuen Mitbewerbern wie der NSi und der SDS ein, die ebenfalls zwei Mandate errang.

Die ZLSD errang einen Sitz im Europäischen Parlament, was einer realistischen Erwartung entsprach. Doch ging dieser Sitz nicht an einen Kandidaten auf den vorderen Listenplätzen, sondern an jemanden von den hinteren Rängen. Der Parteivorsitzende Borut Pahor, laut Meinungsumfragen der Politiker mit der größten Anziehungskraft im gesamten Land, wurde an letzter Stelle nomi-

niert, um ein besseres Ergebnis für die ZLSD zu erzielen. Wegen der Möglichkeit, Stimmen zu kumulieren, erhielt er meisten Stimmen für die ZLSD und wurde so ins Europäische Parlament gewählt. Insgesamt also konnten die Parlamentarier der EVP vier Abgeordnete aus Slowenien in ihren Reihen willkommen heißen, die der Europäischen Liberalen Demokraten zwei und die der Sozialdemokratischen Partei Europas einen Abgeordneten.

Wegen des unterschiedlichen Wahlverfahrens bei nationalen und europäischen Wahlen lassen sich kaum direkte Vergleiche und Trendbeobachtungen anstellen. Zwei Folgerungen scheinen dennoch nahe liegend. Erstens geben die Wählerinnen und Wähler in Slowenien Personen den Vorzug vor Parteien. Dies war in mindestens zwei Fällen erkennbar (Peterle und Pahor) und könnte zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass Slowenien bei der Europawahl als ein Wahlbezirk galt und Stimmen kumuliert werden konnten. Möglicherweise aber nehmen die Menschen Politik immer stärker vor allem als Spektakel wahr und fühlen sich von persönlichen Auseinandersetzungen eher angesprochen als von unpersönlicher Höflichkeit.

Zum Zweiten sollte festgehalten werden, dass das linke Lager drei EP-Abgeordnete stellte und das rechte vier. Damit lag der rechte Block erstmals seit der Unabhängigkeit vor seinen Rivalen. In der politischen Kultur Sloweniens, in der die Einstellung zur katholischen Kirche die schärfste Trennlinie darstellt, war dies wohl das erste empirische Zeichen dafür, dass die Wähler der langen Herrschaft des linken Lagers unter dem Patronat der LDS zunehmend überdrüssig waren und einen politischen Wechsel wollten. Dieser Trend bestätigte sich bei der Parlamentswahl im Oktober 2004, die erstmals von der Slowenischen Demokratischen Partei gewonnen wurde. Die Europawahl hatte bereits einen Hinweis darauf gegeben, dass sich im politischen Organismus Sloweniens ein Wandel vollzogen hatte.

Schlussfolgerungen

Slowenien hat den einen Verbund verlassen, um einem anderen beizutreten. Ideologisch haben die Bürgerinnen und Bürger die neue politische Lage erfasst, in praktischer Hin-

sicht hat sich ihrer Auffassung nach jedoch kaum etwas geändert. Noch ist Slowenien nicht in das Schengener Abkommen über den Wegfall der innereuropäischen Grenzen aufgenommen. Die Einführung des Euro zum 1. Januar 2007 wird die erste, für jeden sichtbare Folge der EU-Mitgliedschaft sein. Zweifels- ohne hat Slowenien mit dem EU-Beitritt nicht nur eine Erneuerung des politischen Lebens, sondern aller Lebensbereiche erfahren, was von der Bevölkerung durchaus begrüßt wird. Die Europawahl 2004 aber hat gelehrt, dass es nicht ausreicht, in der EU nur „mit dem Strom zu schwimmen“. Es muss eine zweite Phase folgen, in der deutlich wird, wie wichtig es ist, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf supranationaler Ebene an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Dieser Lernprozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen und anhand wichtiger Entscheidungen erfolgen, die zur EU-Mitgliedschaft gehören.

Das politische Establishment in Slowenien wird erkennen müssen, dass die Zeit der Selbstgenügsamkeit vorüber ist. Nicht länger wird es ideologisch nur um Slowenien gehen, um die Befriedigung slowenischer Bedürfnisse und um enge slowenische Interessen. In einer supranationalen Gemeinschaft zu leben erfordert ein Bewusstsein dafür, was in der Welt geschieht. Die politischen Eliten in Slowenien aber geben sich noch immer ihrem gemütlichen nationalen Leben hin und „ihrem“ hausgemachten Politikstil. Ihr politisches Bewusstsein erstreckt sich allenfalls auf die engere Nachbarschaft und (innen-)politische Machtkämpfe.

Die Beteiligung Sloweniens an der „Triple-Ratspräsidentschaft“ mit Deutschland und Portugal sowie die Federführung in der ersten Jahreshälfte 2008 wird den ersten echten Testfall darstellen, in dem die Eliten sich beweisen müssen. Bislang ging das Bestreben lediglich dahin, sich während der Ratspräsidentschaft „nicht allzu dumm anzustellen“ und „hoffentlich zu wissen, wie wir reagieren sollen, wenn in der Welt etwas geschieht“. Wirklicher Ehrgeiz oder Initiativen sind bisher weder unter Beweis noch in Aussicht gestellt worden. Oh, wie slowenisch.

EU-Kleinstaaten: Motoren der Integration?

Als die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) im Dezember 2000 darum rangen, endlich die im Vorfeld der geplanten Osterweiterung nötigen institutionellen Reformen der Union auf den Weg zu bringen, schienen die Fronten klar: Die Vertreter der großen Staaten feilschten mit denen der kleinen um Sitze, Stimmen und Sperrminoritäten. Jede Seite fürchtete, künf-

tig von der anderen majorisiert zu werden. Als Repräsentant der Kleinen legte sich Portugals Regierungschef António Guterres gleich mit mehreren Großen an. Die Behauptung des fran-

zösischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, „die Großen (haben) jeden Tag neun von zehn Schritten gemacht. Es ist ein großer Sieg für die Kleinen“, konterte er mit historischen Argumenten: „Die portugiesische Geschichte handelt von nationaler Selbstbehauptung auf einer Halbinsel während achteinhalb Jahrhunderten. Ich muss erklären, dass man von einem Verhältnis von 8 zu 5 [Stimmen Spaniens und Portugals im Ministerrat bis 2000, Anm. d. Verf.] zu einem anderen von 28 zu 11 kommt. Das werde ich im Parlament nicht ratifiziert bekommen.“ Selbst als Großbritanniens Premierminister Tony Blair vorrechnete, dass nach dem geplanten neuen Abstimmungsmodus „das Vereinigte Königreich eine Stimme für zwei Millionen Einwohner (...) und Portugal eine Stimme für jeweils 0,8 Millionen Einwohner“ haben werde, erwiderte Guterres unbeeindruckt: „So kann ich den Vertrag nicht annehmen.“¹

Hinter diesem offenen Schlagabtausch „Klein gegen Groß“ stand ein arithmetisches Problem. Neun der zehn Länder,² die 2004 der EU beitreten sollten, sind so genannte

Kleinstaaten. Wäre die Gewichtung ihrer Stimmen im Rat der EU („Ministerrat“)³ nach dem bis dato üblichen Verteilungsschlüssel berechnet worden, hätten sie – je nach Einwohnerzahl – zwischen zwei und fünf Stimmen bekommen. In der Summe hätten die neuen Kleinen zusammen mit den zehn bereits zur EU gehörenden kleineren Staaten demnach über 72 von 124 Stimmen (das entspricht einem Anteil von rund 58 Prozent) im Ministerrat verfügt, gemeinsam aber nur 23,8 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung repräsentiert (vgl. *Tabelle 1*).

Während die rechnerischen Ungereimtheiten durch eine komplette Neugewichtung der nunmehr 321 Stimmen im Rat letztlich weitgehend ausgeglichen werden konnten, lösten die Komplexität der staatlichen Einzelinteressen und vor allem die Vehemenz, mit der sie im Verlauf der Reformdebatte vertreten worden waren, bei vielen Beobachtern grundsätzliche Bedenken aus. Nach dem Zerfall des weltweiten Blocksystems befinde sich Europa offensichtlich auf dem Weg zum „Kleinstaa-ten-Kontinent“⁴, und das bedeute für die Zukunft der EU nichts Gutes. Der Kampf um die Stimmengewichtung sei nur ein Beispiel für die immer stärkere Fragmentierung der Interessenlage innerhalb der Union, wobei gerade die steigende Zahl kleinerer Mitglieds-länder mit ihren je eigenen nationalen Egois-men die ohnehin schwierige Entscheidungsfindung auf EU-Ebene weiter kompliziere. Im Ergebnis wachse die Gefahr einer „schlei-

¹ Mitschrift des Verhandlungsprotokolls von Nizza, in: *El Pais* vom 12. 12. 2000, Nr. 1684, zit. nach Christine Landfried, *Das politische Europa. Differenz als Potential der Europäischen Union*, Baden-Baden 2005², S. 101–103. Der schließlich verabschiedete Kompromiss veränderte den Abstimmungsmodus im Ministerrat nochmals, das Stimmenverhältnis von Spanien und Portugal beträgt seitdem 27 zu 12.

² Lediglich Polen zählt mit rund 38,5 Millionen Einwohnern im EU-Rahmen zu den mittelgroßen Ländern, vergleichbar etwa mit Spanien (knapp 40 Millionen). Von den beiden Beitrittsländern für 2007 fällt Rumänien – mit 22,5 Millionen Einwohnern – ebenfalls (gerade noch) in die mittlere Kategorie, während mit Bulgarien (8,2 Millionen) ein weiterer Kleinstaat hinzukommen wird.

³ Neben der Stimmengewichtung im Rat der EU waren auch die künftige Zusammensetzung der Europäischen Kommission sowie die Sitzverteilung im Europaparlament heftig umkämpft.

⁴ Romain Kirt/Arno Waschkuhn (Hrsg.), *Kleinstaa-ten-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven*, Baden-Baden 2001.

Silvia von Steinsdorff
PD Dr. phil., geb. 1966; Institut
für Sozialwissenschaften, Hum-
boldt Universität zu Berlin, Unter-
den Linden 6, 10099 Berlin.
steinsds@rz.hu-berlin.de

Tabelle 1: Stimmgewichtung im Rat der Europäischen Union („Ministerrat“)

Mitgliedsstaat	Stimmen vor der Anpassung (bis 2000)	Stimmen nach der Anpassung	Stimmen in Prozent der EU-25
Deutschland	10	29	9,03
Frankreich	10	29	9,03
Großbritannien	10	29	9,03
Italien	10	29	9,03
Spanien	8	27	8,41
Niederlande	5	13	4,05
Griechenland	5	12	3,74
Portugal	5	12	3,74
Belgien	5	12	3,74
Schweden	4	10	3,12
Österreich	4	10	3,12
Dänemark	3	7	2,18
Finnland	3	7	2,18
Irland	3	7	2,18
Luxemburg	2	4	1,25
EU-15	87	237	73,83
Polen	8	27	8,41
Tschechien	5	12	3,74
Ungarn	5	12	3,74
Slowakei	3	7	2,18
Litauen	3	7	2,18
Lettland	3	4	1,25
Slowenien	3	4	1,25
Estland	3	4	1,25
Zypern	2	4	1,25
Malta	2	3	0,92
EU-25	124	321	100

Kursiv: Berechnung nach dem bis dato gültigen Verteilungsschlüssel.

Quellen: Eigene Berechnungen; Claus Giering, Die institutionellen Reformen von Nizza, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Nizza in der Analyse. Strategien für Europa, Gütersloh 2001, S. 51–144, hier S. 77.

chenden Intergouvernementalisierung“, die den supranationalen Rechtscharakter der Gemeinschaft auszuhöhlen und durch ein unverbindliches Arrangement internationaler Gelegenheitsallianzen zu ersetzen drohe.¹⁵

¹⁵ So äußerte sich etwa der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors, vgl. C. Landfried (Anm. 1), S. 109. Auf ähnliche Befürchtungen verweist auch Claus Giering, Die institutionellen Reformen von Nizza, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Nizza in der Analyse. Strategien für Europa, Gütersloh 2001, S. 51–144, hier: S. 52.

Es gibt viele Gründe dafür, warum eine solche (Rück-)Entwicklung der EU grundsätzlich durchaus denkbar erscheint.¹⁶ Ob allerdings gerade die kleineren Mitgliedsstaaten in besonderer Weise für derartige Tendenzen verantwortlich gemacht werden können, erscheint fraglich. Eine nähere Beschäftigung mit der Rolle, die die Beneluxstaaten, Dänemark, Irland, Portugal, Griechenland, Schweden, Finnland und Österreich in der EU bis heute gespielt haben, legt vielmehr den gegenteiligen Schluss nahe: Gerade diese Kleinen haben sich oft als Garanten für den Erhalt und sogar die weitere Stärkung der EU als handlungsfähige, supranationale Rechtsgemeinschaft erwiesen. Es gibt wenig Anzeichen dafür, warum nicht auch die neuen Kleinen künftig eine ähnlich positive Rolle spielen sollten.

Wie klein sind die kleinen EU-Staaten?

Klein und groß sind relative Begriffe, konstitutiv für die Definition ist der jeweilige Bezugsrahmen. Dies gilt auch für die Unterscheidung zwischen kleinen und großen Staaten. Was ein Kleinstaat ist, lässt sich eben nicht absolut bestimmen, sondern nur im Bezug auf diejenigen Länder festlegen, die ihn umgeben oder mit ihm in Beziehung treten. Hier hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa viel getan: Die Sowjetunion und Jugoslawien zerfielen in eine Vielzahl souveräner Einzelstaaten, aus der Tschechoslowakei gingen zwei Länder hervor, und die fehlende Blockzugehörigkeit machte die nationale Eigenständigkeit auch derjenigen ehemaligen Satellitenstaaten stärker sichtbar, deren Außengrenzen stabil blieben.

Die Wissenschaft reagierte auf diese Entwicklung mit einer Wiederbelebung der lange vernachlässigten Kleinstaatensforschung und legte zahlreiche Abgrenzungs- und Definitionsversuche vor. Im Kern lassen sich die meisten Begriffsbestimmungen auf drei zentrale Kriterien zurückführen, mit deren Hilfe die Größe oder vielmehr die Kleinheit von Staaten festgestellt werden kann. Zu unter-

¹⁶ Allein die Größe der EU 25 bzw. bald 27 stellt die supranationalen Mechanismen der Entscheidungsfindung fraglos vor extreme Herausforderungen, ebenso der seit den neunziger Jahren stark veränderte internationale Kontext oder die wachsende Unzufriedenheit der nationalen Bevölkerungen angesichts fehlender Entscheidungstransparenz.

scheiden sind demnach (1) immanente bzw. substanzielle Merkmale, (2) kontingente/relationale Kennzeichen und (3) wahrgenommene oder attributive Kriterien.¹⁷ Substanziell klein sind Staaten, wenn sie über so wenige Einwohner und ein so kleines Territorium verfügen, dass sie aus eigener Kraft weder wirtschaftlich noch politisch in der Lage sind, die nötigen kollektiven Güter eines Gemeinwesens (z.B. Infrastruktur, Bildungswesen) zu produzieren. Das Kriterium relationaler Kleinheit besteht in dem Unvermögen, dem Druck anderer Länder standzuhalten bzw. ihnen gegenüber die Eigenständigkeit zu verteidigen. Schließlich kann Kleinheit auch aus der Selbst- bzw. Fremdwahrnehmung eines Staates resultieren, das heißt, sie wird ihm – unabhängig von messbaren Größenverhältnissen – von außen oder von innen (attributiv) zugeschrieben.

Während substanziell sehr kleine, aus eigener Kraft kaum lebensfähige Staaten in der EU nicht vertreten sind, bildet die relationale Kleinheit einiger Mitglieder geradezu eine *Raison d'être* der Gemeinschaft. So stand am Beginn des europäischen Einigungsprozesses unter anderem das Bestreben, die relativ kleinen Nachbarn vor einem möglichen neuerlichen Hegemoniestreben der relativ großen Bundesrepublik Deutschland zu schützen. Deshalb schlossen sich mit Gründung der ersten supranational organisierten europäischen Institution, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), drei große (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien) und drei kleine Staaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg) zusammen. Gerade die Benelux-Staaten sahen in einer supranationalen Kontrolle der – ungeachtet der Kriegsfolgen – noch immer imposanten westdeutschen Kohle- und Stahlproduktion eine Sicherheitsgarantie für ihre Existenz.

Ähnliche Motive verbanden die mitteleuropäischen Staaten¹⁸ mit ihrem seit den neunziger Jahren konsequent verfolgten Beitrittswunsch. Angesichts der traumatischen

historischen Erfahrungen als Pufferstaaten zwischen dem erdrückenden westlichen Nachbarn Deutschland und der russischen bzw. sowjetischen Großmacht im Osten verfolgten sie mit einem Beitritt zur Europäischen Union einen doppelten Zweck: Zum einen garantierte ihnen die enge institutionelle Verflechtung mit den Staaten in Westeuropa – zusätzlich zu der militärischen Absicherung nach Osten durch die NATO-Mitgliedschaft – sicherheitspolitische Stabilität. Zum anderen profitieren gerade die kleinen, ökonomisch (noch) schwachen Neu-Mitglieder von der wirtschaftlichen Potenz der großen westeuropäischen Länder, die ohne die supranationalen Strukturen und Verteilungsmechanismen innerhalb der EU sehr schnell zu einseitiger nationaler Dominanz führen könnte.

Die Beziehungen innerhalb der EU veranschaulichen darüber hinaus, wie sehr das Verhältnis zwischen klein und groß bzw. zwischen schwach und stark von der Selbst- und/oder Fremdwahrnehmung der beteiligten Länder abhängig ist – und folglich je nach Betrachtungsweise ganz unterschiedlich beurteilt werden kann. Besonders sichtbar wird diese attributive Ebene von Kleinheit am Beispiel Luxemburgs. Bis zur Aufnahme Maltas im Jahr 2004 handelte es sich um das mit Abstand territorial kleinste und bevölkerungsärmste EU-Mitglied (vgl. *Tabelle 2*). Diesen Daten stand jedoch von Anfang an eine unverhältnismäßige große Wirtschaftskraft gegenüber. So stellte Luxemburg im Jahr 1950 beispielsweise 2451 Millionen Tonnen Stahl her. Das war selbst in absoluten Zahlen deutlich mehr als die Gesamtproduktion der territorial und bevölkerungsmäßig wesentlich größeren Niederlande (490 Millionen Tonnen) und sogar des europäischen Großstaats Italien (2362 Millionen Tonnen).¹⁹ An der überproportionalen Wirtschaftskraft des Landes hat sich bis heute nichts geändert: Mit dem weitaus höchsten Bruttosozialprodukt pro Einwohner innerhalb der gesamten EU ist Luxemburg ökonomisch gesehen der relativ größte EU-Staat. Nicht zuletzt infolge dieser wirtschaftlichen Potenz übersteigt auch der politische Einfluss, über den Luxemburg innerhalb der europäischen Ent-

¹⁷ Vgl. Hans Geser, Was ist eigentlich ein Kleinstaat?, in: R. Kirt/A. Waschkuhn (Anm. 4), S. 89–124, hier: S. 90 ff.

¹⁸ Neben Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Litauen, Lettland, Slowenien und Estland traten auch Zypern und Malta 2004 der EU bei. Auf ihre spezifischen Beitrittserwartungen kann hier nicht eingegangen werden.

¹⁹ Vgl. Sasha Baillie, The Seat of the European Institutions. An Example of Small State Influence in European Decision-Making, EUI Working Paper RSC Nr. 96/28, Badia Fiesolana, San Domenico 1996, S. 18.

Tabelle 2: Größenverhältnisse in den Mitgliedsstaaten der EU-25

Mitgliedsstaat	Bevölkerungszahl ^a	Fläche des Landes (in Quadrat- kilometer)	BIP gesamt (in Mio. EUR) ^b	BIP pro Kopf (in EUR)
Deutschland	82.373.000	357.050	574.770,0	6.978
Frankreich	60.656.178	543.965	443.879,6	7.318
Großbritannien	60.209.500	244.820	463.930,0	7.705
Italien	58.751.711	301.336	367.763,8	6.260
Spanien	44.108.530	504.782	241.167,0	5.468
Polen	38.557.984	312.685	47.581,0	1.234
Niederlande	16.335.998	41.526	131.222,0	8.033
Griechenland	11.100.000	131.990	194.993,7	17.567
Portugal	10.543.290	92.345	38.121,9	3.616
Belgien	10.379.067	32.545	77.661,9	7.482
Tschechien	10.235.455	78.864	27.972,6	2.733
Ungarn	10.076.581	93.030	80.582,4	7.997
Schweden	9.082.995	449.964	212.750,9	23.423
Österreich	8.260.000	83.871	63.751,3	7.718
Dänemark	5.532.397	43.094 ^c	54.782,5	9.902
Slowakei	5.431.363	49.035	10.590,4	1.950
Finnland	5.249.034	338.145	41.602,0	7.926
Irland	4.234.925	70.280	42.823,1	10.112
Litauen	3.394.000	65.301	5.878,4	1.732
Lettland	2.287.200	64.589	3.807,7	1.665
Slowenien	2.003.584	20.273	7.367,8	3.377
Estland	1.347.510	45.227	3.196,0	2.372
Zypern	871.000	9.251	3.583,4	4.114
Luxemburg	474.413	2.586	23.048,5	48.577
Malta	398.534	316	1.193,0	2.993

a Erhebungszeitraum: zwischen Anfang 2005 und Juli 2006.

b Stand: 2. Quartal 2006.

c ohne Grönland und Färöer Inseln.

Quellen: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>; eigene Berechnungen.

scheidungsstrukturen verfügt, das numerische Gewicht seiner Stimmen und Sitze in den verschiedenen Gremien bei weitem.¹⁰

Für die Berechnung der Stimm- und Sitzanteile spielt die attributive Ebene von Kleinheit bzw. Größe in der EU keine Rolle. Sie orientiert sich ausschließlich an der Bevölkerungszahl eines Mitgliedsstaates. Wie in den meisten föderal strukturierten politischen Institutionen gilt auch in der EU der Grundsatz

einer gewissen Überrepräsentation der kleineren Mitglieder. Dies ist zum einen der rechnerischen Schwierigkeit geschuldet, die Stimmen zwischen extrem unterschiedlich großen Einheiten proportional gerecht zu verteilen. Würde man beispielsweise die Mandate im Europaparlament und die Stimmen im Rat der EU nach einem für alle Länder gleichen Bevölkerungsschlüssel vergeben, wären die Kleinen in allen Entscheidungsverfahren zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Zum anderen wurden die bevölkerungsarmen Mitgliedsstaaten in den Gemeinschaftsverträgen auch ganz bewusst mit einem überproportionalen Anteil an Stimmen und Sitzen versehen, um ihrer staatlichen Souveränität im Umgang mit den Großen Nachdruck zu verleihen. Als

¹⁰ Vgl. ders., The Position of Small States in the EU, in: Laurent Goetschel (Hrsg.), Small States inside and outside the European Union. Interests and Policies, Boston – Dordrecht – London 1998, S. 193–205; ders. (Anm. 9), S. 36 ff.

Kriterium galt hierbei, dass die notwendige Stimmenzahl für eine qualifizierte Mehrheit oder eine Sperrminorität nur durch eine Koalition von großen und kleinen Staaten zu erreichen sein sollte.¹¹

Da die Anzahl bevölkerungsarmer Staaten in der EU mit jeder Erweiterungsrunde wuchs, wurde die eingangs skizzierte, erst mit dem Vertrag von Nizza im Jahr 2000 erfolgte Neuberechnung der Sitz- und Stimmverteilung immer dringlicher. Schließlich erscheint es demokratietheoretisch problematisch, wenn wesentliche Entscheidungen innerhalb der EU von einer Mitgliederallianz getroffen werden könnten, die gemeinsam nur eine Minderheit der EU-Bevölkerung repräsentiert. Auch wenn die neuen Mechanismen der Stimmgewichtung seit Nizza hier wieder „gerechtere“ Verhältnisse geschaffen haben, ist es dennoch bei einer gewissen, rechnerisch ebenso unvermeidlichen wie politisch gewollten Überrepräsentation der kleinen Mitgliedsstaaten geblieben (vgl. *Tabelle 1*).

Profiteure der europäischen Integration

Wie das Beispiel des relational besonders kleinen, in bestimmten Bereichen attributiv jedoch besonders großen EU-Mitglieds Luxemburg zeigt, kann der politische Einfluss der bevölkerungsärmeren EU-Staaten ihre numerischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gemeinschaft bei weitem übersteigen. Neuere empirische Studien belegen sogar, dass Kleinheit geradezu als Idealvoraussetzung für eine rechnerisch kaum erklärbare Durchsetzungsfähigkeit in den Entscheidungsverfahren der EU gelten kann. Eine partielle Fähigkeit oder Bedeutung, die einem kleinen Land in bestimmten Zusammenhängen besonderes Gewicht bzw. zusätzliche Größe verleiht – wie die überproportionale Wirtschaftskraft im Falle Luxemburgs –, ist dabei nur eine der möglichen Trumpfkarten, um mit den größeren Staaten auf Augenhöhe zu verhandeln. Nationale gesellschaftliche Besonderheiten, die zumindest den älteren Mitgliedern unter den kleinen EU-Staaten gemeinsam sind, werden von der Kleinstaatent-

Forschung ebenso als erklärende Variable in Spiel gebracht wie die spezielle Funktionslogik der EU-Institutionen selbst – last but not least – das große Verhandlungsgeschick, über das viele Politiker aus kleinen Ländern traditionell verfügen.

In der Mehrheit der europäischen Kleinstaaten scheinen nationale politische Besonderheiten den Einfluss auf EU-Ebene tendenziell zu stärken. Der Politikwissenschaftler Peter Katzenstein etwa argumentiert, dass die dichten wirtschaftlichen Verflechtungen dieser Länder mit ihren Nachbarstaaten und die daraus resultierende ökonomische Offenheit im Innern die Herausbildung korporatistischer Entscheidungsstrukturen gefördert hätten.¹² Im Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses stünde nicht Konkurrenz, sondern eine beständige Suche nach politischen Konsenslösungen. Die Bereitschaft zum Kompromiss und zur Entscheidungsfindung durch Verhandeln sei daher in Schweden, Dänemark, Belgien und den Niederlanden, aber auch in Österreich und der Schweiz stärker ausgeprägt als in Deutschland, Großbritannien oder Frankreich. Diese nationale Konsenskultur kommt den kleinen Staaten innerhalb der komplexen Entscheidungsmechanismen der EU-Institutionen zugute, die per definitionem auf den Interessenausgleich und die Kompromissfähigkeit der Akteure bauen.

Verbindet man diese Überlegungen mit verhandlungstheoretischen Erkenntnissen, werden die besonderen Vorteile kleiner Staaten im Aushandlungssystem der EU noch deutlicher. Demnach kommt es für erfolgreiches Verhandeln weniger auf absolute Größe bzw. Stärke an als auf die Wahrnehmung der jeweiligen Verhandlungsoptionen durch alle Beteiligten. Die kleinen EU-Mitglieder profitieren hier von einem Paradox: Gerade weil sie als schwach gelten, wächst ihnen mitunter eine anhand objektivierbarer Faktoren kaum nachvollziehbare Verhandlungsmacht zu.¹³ Sie werden von den Größeren oft gar nicht als ernsthafte Vertreter konkurrierender In-

¹¹ Vgl. Sieglinde Gstöhl, *Der Mikrostaat als Variante des Kleinstaats? Erfahrungen mit UNO und EU*, in: R. Kirt/A. Waschkuhn (Anm. 4), S. 101–124, hier: S. 119 f.

¹² Vgl. Peter J. Katzenstein, *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca – London 1985. Katzensteins Analyse ist nicht speziell auf die politischen Verhältnisse in der EU ausgerichtet (sie umfasst auch Staaten wie die USA, Japan oder Norwegen), wurde in jüngerer Zeit jedoch erfolgreich auf diese angewendet.

¹³ Vgl. S. Baillie, *The Position* (Anm. 10), S. 202.

teressen wahrgenommen, zumal sie sich in vielen Fragen sehr flexibel zeigen. In den wenigen, klar begrenzten Bereichen, die ihr nationales Interesse berühren, gelingt es ihnen dann umso besser, ihren Standpunkt ohne nennenswerte Abstriche durchzusetzen.

Dieses Paradox wahrgenommener Schwäche, die sich in faktische Stärke verwandeln kann, lässt sich am Beispiel der Gemeinsamen Agrarpolitik gut veranschaulichen. Während die großen Staaten ihre weit gefächerten landwirtschaftlichen Interessen in den periodisch wiederkehrenden Aushandlungsprozessen über Produktions- und Absatzquoten von Beginn an offensiv durchzusetzen versuchen und so schnell in ein Geflecht von Interessengegensätzen geraten, werden die Kleinen nur punktuell aktiv – dann allerdings umso vehementer (und erfolgreicher). Dänemark beispielsweise geht es ausschließlich um die Quoten für Schweinefleisch und Milch, während Portugal eigene Interessen vornehmlich in den Bereichen Geflügelhaltung, Weinbau und Getreideproduktion verfolgt.¹⁴ Dass sich die kleinen Länder in den zahlreichen anderen zu verhandelnden Fragenkomplexen zurückhaltend und kompromissbereit verhalten, erhöht die Akzeptanz der in allen Verhandlungsbereichen engagierten größeren Staaten gegenüber ihren wenigen, dann allerdings geschickt verteidigten Anliegen.

Auch die spezifischen Wirkungsweisen der supranationalen EU-Institutionen verschaffen den Kleinen in mancher Hinsicht Vorteile. So gilt die Europäische Kommission den kleinen Mitgliedsstaaten traditionell als „natürliche Verbündete“ bei dem Bemühen, sich gegen die nationalen Egoismen der größeren Länder zu behaupten.¹⁵ Schließlich bildet die Kommission, deren Mitglieder nicht als Repräsentanten ihrer Herkunftsländer, sondern ausschließlich als Anwälte der Gemeinschaftsinteressen agieren, ein natürliches Gegengewicht zu den nationalen Dominanzbestrebungen gerade der großen EU-Länder. Die kleineren Mitgliedsstaaten haben sich daher bislang in aller Regel für eine Stärkung

der supranationalen Kommissionsbefugnisse eingesetzt, selbst wenn diese Entwicklung letztlich auch zu Lasten ihrer eigenen nationalen Kompetenzen geht. Sie vertrauen auf die Fähigkeit der Kommission, als „Hüterin der Verträge“ einen fairen Interessenausgleich zwischen großen und kleinen Mitgliedern herbeizuführen.¹⁶ Es handelt sich also um eine geschickte Kompensation der relationalen Kleinheit bzw. Schwäche, die eine Durchsetzung der eigenen, nationalen Interessen auf direktem Wege unmöglich macht. Eine vorbehaltlose Unterstützung der Gemeinschaftsinteressen kann unter diesen Umständen den nationalen Anliegen besser dienen als ein ohnehin chancenloser nationaler Alleingang.

Zusätzlich zu den skizzierten institutionellen Möglichkeiten, mit deren Hilfe die kleinen Mitglieder die Entscheidungsprozesse in der EU überproportional beeinflussen können, eröffnet die Union ihnen auch auf der Akteurs-ebene beachtliche Spielräume. Auch hier sind es gerade die begrenzten Ressourcen, und zwar sowohl in personeller wie auch in inhaltlicher Hinsicht, die den Kleinen dabei letztlich zum Vorteil gereichen. Angesichts kleiner nationaler Verwaltungen und geringer finanzieller Mittel können die Vertreter der kleinen Staaten an vielen Entscheidungsprozessen nur als stille Beobachter teilnehmen, die ganz bewusst am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit bleiben und keine eigenen Standpunkte vertreten. Gleichwohl haben sie Zugang zu allen Informationen und sind stets in die Verhandlungen eingebunden. Von den Hauptakteuren nicht als Bedrohung der eigenen Interessen wahrgenommen, übernehmen die Vertreter der Kleinststaaten in schwierigen Konfliktsituationen oft eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den widerstreitenden Standpunkten der großen Mitgliedsstaaten.¹⁷

Es gibt in der Geschichte der europäischen Integration viele Beispiele für die zentrale Bedeutung solcher „ehrllicher Maklerdienste“ der Kleinen. So widmete etwa Konrad Adenauer dem damaligen belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak in seinen Memoiren eine wahre Eloge. Als es im Vorfeld der Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1956 zu einem zähen Kräftemessen zwischen den

¹⁴ Vgl. Baldur Thorhallsson, *The Role of Small States in the European Union*, Aldershot 2000, S. 53 f.

¹⁵ Vgl. Charles-Michel Geurts, *The European Commission: A Natural Ally of Small States in the EU Institutional Framework?*, in: L. Goetschel (Anm. 10), S. 49–64.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 50.

¹⁷ Vgl. S. Baillie (Anm. 9), S. 4 f.

drei großen Gründungsmitgliedern der EG kam, habe der Vertreter des kleinen Belgien die vom Scheitern bedrohten Verhandlungen immer wieder gerettet. Ohne Spaaks „kreative Kraft“ und die „Fähigkeit, das rechte Wort zur rechten Zeit zu finden“, wäre die Einigung über die Grundlagen der weiteren europäischen Integration schon in ihren Anfängen stecken geblieben, so der erste Kanzler der Bundesrepublik.¹⁸ Auch in der jüngeren Vergangenheit der EU – etwa im Vorfeld der Währungsunion und der Osterweiterung – kam es zu Situationen, in denen die Repräsentanten kleiner Mitgliedsstaaten die nationalen Interessenkonflikte der großen Länder mit Verhandlungsgeschick entschärften und so letztlich die europäische Integration voranbrachten. Diese „ehrlichen Maklerdienste“ sind ein nicht zu unterschätzendes Mittel, mit dessen Hilfe führende Politiker kleiner Länder auf der internationalen Bühne ein Maß an Aufmerksamkeit und Anerkennung gewinnen, das ihnen sonst kaum je zuteil würde.

Bilanziert man die genannten Einflussmöglichkeiten der kleinen Staaten auf die politischen Entscheidungsprozesse innerhalb der EU, ergibt sich ein klarer Befund: Die kleinen Länder profitieren gerade aufgrund ihrer relationalen und perzipierten Unterlegenheit im Vergleich mit den großen Staaten am meisten von dem Modell der supranationalen Integration. Der dänische Kleinstaatenforscher Pertti Joenniemi geht sogar so weit, geringe staatliche Größe als eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Einflussnahme auf die europäische Politik zu postulieren. Zumal seit dem Ende des Kalten Krieges nehme die politische Bedeutung der kleinen Länder in Europa gerade deshalb zu, weil sie nicht mit den historischen Bürden klassischer Großmachtpolitik und nationaler Interessenwahrung belastet seien. Unter diesen Voraussetzungen, so Joenniemi, „small could indeed become a synonym for smart in the post-Cold War era“.¹⁹

Die griffige Formel „small is smart“ relativiert die Bedeutung der eingangs geschilderten nationalen Prestigeduelle um möglichst große Stimm- und Sitzanteile in den europäischen Entscheidungsgremien in doppelter Hinsicht. Zum einen sind diese formalen Kriterien – wie gezeigt – ohnehin keine zuverlässigen Messinstrumente für den tatsächlichen Einfluss eines Mitgliedsstaates auf die Politik der europäischen Integration. Zum anderen könnte es unter den Voraussetzungen pluralistischer, supranationaler Entscheidungsstrukturen sogar vorteilhaft sein, über wenig formalisierte Macht zu verfügen, da dies den Spielraum für „smarte“ (im Sinne von klugen und erfolgreichen) politische Initiativen nicht schmälert, sondern vielmehr erweitert.

Lässt man die Rolle der kleinen Mitgliedsländer in der jüngeren EU-Vergangenheit Revue passieren, scheinen indes nicht alle Akteure von diesen Prämissen überzeugt zu sein. Die nachweisbaren Vorteile, die sich gerade für die relational kleinen Staaten aus ihrer Mitgliedschaft ergeben, verwandeln offenbar weder die Bevölkerung noch die politischen Eliten automatisch in engagierte Befürworter einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration. Auch wenn die meisten kleineren Staaten seit den Anfängen ihrer EG- bzw. EU-Mitgliedschaft zu den verlässlichsten Motoren weiterer Integration zählen, gab es auch gegenteilige Entwicklungen. Besonders deutlich manifestierte sich die EU-Skepsis in Dänemark, wo sich die Wähler 1992 mit knapper Mehrheit gegen die Annahme des Maastrichter Vertrags entschieden, der die europäische Integration in wichtigen Feldern²⁰ voranbringen sollte. Erst nach der Aushandlung von vier „opting-out“-Bereichen für Dänemark konnte der Unionsvertrag schließlich doch in Kraft treten.²¹

¹⁸ Konrad Adenauer, *Memoiren 1953–1956*, zit. Nach: Wilfried Loth, *L'Allemagne et les petits États dans la construction européenne*, in: *La Belgique, les petits États et la construction européenne. Actes du colloque de clôture de la VIIe Chaire Glaverbel d'études européennes 2001–2002*, S. 247–258, hier: S. 253.

¹⁹ Pertti Joenniemi, *From Small to Smart: Reflections on the Concept of Small States*, in: *Irish Studies in International Affairs*, 9 (1998), S. 62.

²⁰ Hierzu zählten insbesondere die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Vertiefung der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

²¹ Vgl. zu den Einzelheiten dieser Regelungen sowie zu den Gründen für das „Nein“ der Dänen: Uffe Balselev, *The Danish Case: International Involvement as the Small State's Remedy for Great Power Dominance*, in: L. Goetschel (Anm. 10), S. 107–124.

Eine mögliche Erklärung für das Veto der Dänen betont die Angst vor einem für ein kleines Land besonders traumatischen Souveränitätsverlust. Dies könnte auch eine gewisse Reserviertheit gegenüber weiteren Integrationsschritten erklären, die bei einigen der kleinen Neu-Mitglieder in Mittel- und Südosteuropa spürbar ist.¹²² Noch ist es zu früh für fundierte Aussagen über die künftige Rolle der sieben kleinen EU-Staaten aus dem ehemals sowjetischen Herrschaftsbereich. Ob sie eher als Bremsen oder als Motoren der europäischen Integration auftreten werden, hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie sie mit dem historischen Erbe eines latenten Bedrohungsgefühls durch die großen Nachbarn im Osten und Westen umgehen werden. Der erste postkommunistische Staatspräsident Ungarns, Árpád Göncz, sprach nicht nur mit Blick auf sein Land von einer „nationalen Paranoia“, die sich aus einem unterschweligen Minderwertigkeitskomplex angesichts eigener Kleinheit und der tief verwurzelten Furcht vor der Dominanz durch die Größe der anderen speise.¹²³

Vor diesem Hintergrund könnten die tatsächlichen Profite entscheidend sein, die sich aus der EU-Mitgliedschaft für die neuen Kleinen bereits ergeben haben und noch ergeben werden. In dem Maße, in dem die Vorteile der Kleinheit in dem supranationalen Entscheidungssystem der Europäischen Union für sie spürbar werden, sollte die Skepsis gegenüber dem teilweisen Verlust der gerade erst errungenen staatlichen Souveränität verblasen. Neben die dargestellten institutionellen und akteursbezogenen Möglichkeiten einer überproportionalen Einflussnahme auf die Entscheidungen der Gemeinschaft, die für alle kleinen Mitgliedsstaaten gleichermaßen gelten, treten in den mittel- und südosteuropäischen Ländern zwei weitere manifeste Vorteile.

Erstens hat die EU-Mitgliedschaft (in Ergänzung zur inzwischen ebenfalls vollzogenen Aufnahme in die NATO) für sie eine deutliche sicherheitspolitische Perspektive.

¹²² Vgl. z. B. Kai-Olaf Lang, Störenfriede oder Ideengeber? Die Neuen in der GASP, in: Osteuropa, 54 (2004) 5–6, S. 443–459.

¹²³ Vgl. Árpád Göncz, Small Nations, in: Ferenc Glatz (Hrsg.), Die kleinen Nationen in Europa, Budapest 1997, S. 9–10.

Vor allem in den baltischen Staaten, aber auch in Slowenien, wird der Souveränitätsverlust somit durch einen fühlbaren Gewinn an Sicherheit und an außenpolitischer Handlungsfreiheit kompensiert.¹²⁴ Zweitens sind in ökonomischer Hinsicht gerade in den kleinen Ländern, deren nationale Wirtschaft durch relationale Schwäche gekennzeichnet ist, die größten und am schnellsten greifbaren Vorteile des EU-Beitritts zu erwarten, wie die positiven Erfahrungen Irlands, Griechenlands oder Portugals aus früheren Erweiterungsrunden belegen. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (vgl. *Tabelle 2*), sind hier für alle ost- und südosteuropäischen Staaten mehr oder minder rasche Profite zu erwarten.

Ob sich die inzwischen so zahlreichen kleinen Mitglieder der EU in Zukunft mehrheitlich als Motoren der europäischen Integration erweisen werden, hängt indes von einer fundamentalen Erkenntnis ab, die in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaften gerade den kleinen Mitgliedsstaaten sehr präsent war: Die in den internationalen Beziehungen beispiellose supranationale Konstruktion der EU basiert auf der Überzeugung aller Beteiligten, die Beziehungen untereinander nicht länger auf – vornehmlich militärisch begründete – Macht zu stützen, sondern auf die Prinzipien des Rechts.¹²⁵ Selbst wenn natürlich alle Mitgliedsstaaten von diesem Grundsatz profitieren, sind dessen Auswirkungen für die kleinen Länder besonders entscheidend. Schließlich stellte die sprichwörtliche Macht des Stärkeren gerade für sie durch die Jahrhunderte eine existenzielle Bedrohung dar. Eine weitere Festigung und Vertiefung der rechtsstaatlichen Beziehungen innerhalb der EU liegt damit unweigerlich im nationalen Interesse der kleinen Mitglieder.

¹²⁴ Vgl. für das Baltikum: Aivars Stranga, The Baltic States in the European Security Architecture, in: Atis Lejiņš/Zaneta Ozliņa (Hrsg.): Small States in a Turbulent Environment. The Baltic Perspective, Riga 1997, S. 11–59; für Slowenien: Anton A. Bebler, Security Policy of a Small Central-European Candidate for the Enlarged EU: Slovenia, in: L. Goetschel (Anm. 10), S. 125–138.

¹²⁵ Vgl. Antti Kuosmanen, Decision-Making in the Council of the European Union, in: L. Goetschel (Anm. 10), S. 65–78, hier: S. 78.

Sloweniens historische Bürde

Slowenien gilt seit dem Beitritt 2004 weiterhin als Musterland der Europäischen Union.¹ Doch die slowenische Gesellschaft ist mehr denn je mit den traumatischen Ereignissen der Jahre 1941 bis 1946 beschäftigt. Die deutsche Reichsregierung unter Adolf Hitler verfolgte bis 1938 mit wirtschaftsimperialistischen Methoden eine Südosteuropa-Politik, die in der Tradition der wilhelminischen Zeit und der späten Weimarer Republik stand: Südosteuropa sollte als „Ergänzungsraum“ einer von Deutschland beherrschten

Großraumwirtschaft auch in Kriegszeiten billig und zuverlässig Rohstoffe und Agrarprodukte liefern.² Nach der Annexion Österreichs 1938 und der „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei 1939 nahm der deutsche Druck auf die

südosteuropäischen Staaten zu. Ungarn, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien schlossen sich dem Dreimächtepakt Deutschlands, Italiens und Japans vom September 1940 an und dienten als Aufmarschgebiete und Nachschubzonen für den bevorstehenden Russland-Krieg.³

Ende Juni 1940 begannen die Operationsplanungen für den deutschen Überfall, mit dem im Frühjahr 1941 „Russland erledigt“ werden sollte.⁴ Am 25. März 1941 erklärte sich die Regierung des Königreichs Jugoslawien bereit, dem Dreimächtepakt beizutreten. Doch ein unblutiger Putsch, unterstützt vom britischen Geheimdienst und von antifaschistischen Kundgebungen in der Hauptstadt Beograd, durchkreuzten Hitlers Pläne. Die neue Zivilregierung unter Ministerpräsident Dušan Simović betonte zwar umgehend, der Umsturz sei nicht gegen Berlin gerichtet gewesen und die bisherige Außenpolitik werde fortgesetzt, doch für Hitler stand fest, Jugoslawien nun „militärisch und als

Staatsgebilde zu zerschlagen“ und dabei „mit unerbittlicher Härte“ vorzugehen.⁵ So begann am 6. April ohne Kriegserklärung die Bombardierung Beograds. Der Einmarsch nach Jugoslawien erfolgte von Italien, Kärnten, der Steiermark, von Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien aus. Nach elf Tagen kapitulierte Jugoslawien.⁶ Das Gebiet des heutigen Slowenien wurde besetzt. Ungarn erhielt den östlichen Streifen der „Drau-Banschaft“, das so genannte Übermurgebiet jenseits der Mura, die Batschka und Baranja nordwestlich von Donau und Theiß, und schloss diese Gebiete im Dezember 1941 dem ungarischen Staatsgebiet an. Italien besetzte den Westen des Banat mit der Hauptstadt Ljubljana sowie Teile Dalmatiens und installierte die Provincia di Lubiana mit einem anfangs relativ milden Regime. Zunächst blieb die slowenische Infrastruktur unangetastet; die politischen Parteien wurden indes verboten. Dies hatte zur Folge, dass aus den deutschen und ungarischen Besatzungsgebieten innerhalb eines halben Jahres gut 20 000 Menschen in die Provincia flohen. Doch auch

Meinem Vater, zum 76. Geburtstag.

¹ Im Jahr 2004 hat die Leserschaft der britischen Zeitungen „The Guardian“ und „The Observer“ Slowenien zu ihrem „favourite European country“ gewählt; vgl. The Guardian online vom 10. 9. 2005.

² Vgl. Klaus Thörner, „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“. Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945 (Diss. Univ. Oldenburg 2000), in: <http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen / dissertation / 2000 / thogan00 / thogan00.html> (30.8.2006), S. 447–496.

³ Vgl. ebd., S. 496–518.

⁴ Vgl. Gerd R. Ueberschär, Die militärische Planung für den Angriff auf die Sowjetunion, in: ders./Lev A. Bezymenskij (Hrsg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941, Darmstadt 1998, S. 21–37.

⁵ Aus dem Protokoll der Besprechung Hitlers mit der Führung der Wehrmacht am 27. März 1941 zur bevorstehenden Aggression gegen Jugoslawien, zit. nach Martin Seckendorf (Hrsg.), Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941–1945), Berlin–Heidelberg 1992, S. 137 f. Vgl. Holm Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens 1918–1980, Stuttgart 1982, S. 106–110.

⁶ Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden Teil des „Unabhängigen Staates Kroatien“; die Vojvodina östlich der Theiß und ein verkleinertes Serbien kamen unter deutsche Militärverwaltung unter der Leitung von Milan Nedić; Montenegro wurde italienischer Satellitenstaat; Albanien, seinerseits von Italien kontrolliert, erhielt das Kosovogebiet und Teile Westmazedoniens; Bulgarien annektierte den Großteil Mazedoniens. Vgl. H. Sundhaussen (Anm. 5), S. 113 und S. 116 f.

Joachim Hösler
PD Dr. phil., geb. 1961; Lehrbeauftragter für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6 C, 35032 Marburg.
hoesler@staff.uni-marburg.de

die italienische Okkupation zielte wie die deutsche und ungarische auf die Auslöschung alles Slowenischen. Bis zur Kapitulation Italiens am 8. September 1943 wurden bis zu 6 000 Menschen in der Provincia ermordet und 30 000 in Konzentrationslager deportiert.¹⁷

Deutschland okkupierte Oberkrain und die Untersteiermark und schloss diese Gebiete dem Gau Kärnten und dem Gau Obersteiermark an. Die Besatzungspolitik folgte der am 26. April 1941 in Maribor ausgesprochenen Anweisung Hitlers, das Land „wieder deutsch zu machen“. Personen- und Ortsnamen wurden eingedeutscht, der Gebrauch der slowenischen Sprache wurde verboten, sämtliches Eigentum des Staates, der Kirche, der Deportierten und der Habsburger beschlagnahmt. Eine Meldepflicht und die Schließung der slowenischen Schulen, Vereine und Gewerkschaften kamen hinzu. Bereits am 18. April 1941 hatte Heinrich Himmler als „Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums“ Richtlinien festgelegt, die bewirken sollten, die gesamte slowenische Intelligenz, alle nach 1914 eingewanderten slowenischen Familien, alle Bewohner des Sava-Sotla-Gebietes und die Dorfbewohner der Südsteiermark auszuweisen, „zum überwiegenden Teil wohl meistens bis zu 90 und mehr Prozent“. Die restliche Bevölkerung sollte einer „Fein-Auslese“ unterzogen werden.¹⁸

Wie in anderen von der Wehrmacht besetzten Gebieten nahmen die Mitarbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS eine „rassische Musterung“ der Bevölkerung vor. Es wurden Schädel vermessen, Kopfformen kontrolliert und der Körperbau nach 21 Eigenschaften katalogisiert. Mehr als 585 000 Sloweninnen und Slowenen mussten sich dieser Tortur unterziehen, das entspricht 73 Prozent der Sloweninnen und Slowenen im deut-

schen Besatzungsgebiet und fast der Hälfte der slowenischen Vorkriegsbevölkerung. Es sind im Wesentlichen zwei Gründe, weshalb die Konsequenzen dieses Vorgehens glimpflicher ausfielen, als es die ursprünglichen Umsiedlungspläne vorsahen. Zum einen waren die „Rasseexperten“ vom Ergebnis ihrer Untersuchung überrascht: Während in Westpolen die „Eindeutschungsquote“ auf fünf Prozent veranschlagt worden war, wurde sie bei der slowenischen Bevölkerung auf 50 Prozent festgelegt. Zum anderen unterbrach der bewaffnete slowenische Widerstand bereits am 6. August 1941 erstmals eine Deportation. Ein Jahr später wurden die Aussiedlungen aus der Untersteiermark wegen des Widerstandes ganz eingestellt. Bis zu 80 000 Sloweninnen und Slowenen wurden deportiert, überwiegend nach Deutschland zur Zwangsarbeit in der Industrie (mindestens 36 000 Menschen), teils zur „Wiedereindeutschung“ ins „Altreich“ (ca. 16 000), teils nach Kroatien und Serbien (ca. 16 800). Der Aderlass war für das soziale Gefüge erheblich: Über 90 Prozent der Geistlichen, über 84 Prozent der Ingenieure, zwei Drittel der Hochschullehrer, 45 Prozent der Ärzte und Apotheker und fast ein Viertel der Juristen wurden verschleppt.

Die „Umvolkung“ betraf auch die „Gottschee-Deutschen“. Ihre Organisationen hatten 1930 den 600-jährigen Bestand des Kolonisationsgebietes im Süden Krains gefeiert. Drei Jahre später bejubelten sie den Machtantritt Hitlers. Der überließ das Gebiet mit der Hauptstadt Kočevje (Gottschee), eine deutsche Sprachinsel ca. 60 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Ljubljana (Laibach), Mussolini und befahl, die Gottschee-Deutschen „heim ins Reich“ zu holen. Nur knapp 400 Angehörige blieben zurück, während rund 11 800 Menschen in das „Großdeutsche Reich“ umsiedelten; 11 174 Menschen wurden Ende 1941/Anfang 1942 in das Gebiet zwischen Brežice (Rann) und dem Zusammenfluss von Sava und Sotla verbracht, wo durch Deportationen nach Deutschland Platz geschaffen worden war. Das verwaiste Gottscheegebiet, der Hornwald (Kočevski rog), wurde zum wichtigsten Rückzugsgebiet der slowenischen Partisanen.

Schon Ende April 1941, noch bevor es zur Organisation der Partisanen gekommen war, hatte die Wehrmacht die Anweisung erhalten, rücksichtslos jeden Widerstand zu brechen.

¹⁷ Vgl. Rolf Wörsdörfer, *Krisenherd Adria 1915–1955*, Paderborn u. a. 2004, S. 343 und S. 361.

¹⁸ Zit. nach Tone Ferenc (Hrsg.), *Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945*, Maribor 1980, S. 60f. Vgl. zum Folgenden Tamara Griesser-Pečar, *Das zerrissene Volk. Slowenien 1941–1946*, Wien–Köln–Graz 2003, S. 18–33; Isabel Heinemann, *Die Rasseexperten der SS und die bevölkerungspolitische Neuordnung Südosteuropas*, in: Mathias Beer/Gerhard Seewann (Hrsg.), *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches*, München 2004, S. 135–157.

Am 16. September erging der Befehl, für jeden von Partisanen verletzten Soldaten 50 Geiseln zu erschießen, für jeden getöteten Soldaten 100. Noch im Januar 1945 wurden nach der Ermordung eines namhaften Bürgers deutscher Herkunft aus Celje (Cilli) 100 Slowenen an Straßenbäumen erhängt.⁹ Himmler verständigte sich am 18. Dezember 1941 mit Hitler auf die Gleichbehandlung von Juden und Partisanen: Beide Gruppen seien „auszurotten“.¹⁰ Die „Partisanenausrottung“ (Himmler) oblag in der Alpen-Adria-Region in erster Linie der so genannten SS-Karstwehr. Diese war im oberfränkischen Pottenstein von dem Geologen und SS-Standartenführer Hans Brand zusammengestellt und trainiert worden. Brand, der in den 1920er Jahren die als „Teufelhöhle“ bekannt gewordene Tropfsteinhöhle bei Pottenstein erschlossen hatte, erreichte bei seinem Freund Himmler, dass in Pottenstein 1942 eine Außenstelle des Konzentrationslagers Flossenbürg eingerichtet wurde. Zwischen Oktober 1942 und April 1945 waren mindestens 694 KZ-Insassen in Pottenstein inhaftiert. Mitten im Ort in der so genannten Magerscheune untergebracht, mussten sie Unterkünfte und Trainingsgelände für die Karstwehr bauen und Verbindungswege, einen Stausee und eine Stützmauer an der heutigen Bundesstraße 470 errichten. Fast die Hälfte der Gefangenen wurde zu Tode geschunden. Der „Staatlich anerkannte Luftkurort im Herzen der Fränkischen Schweiz“ profitierte nach dem Krieg von der von den Häftlingen geschaffenen Infrastruktur.¹¹

Die Karstwehr kam seit August 1943 in Südkärnten, im adriatischen Küstengebiet und im slowenischen Karst zum Einsatz.¹² Die

Truppenstärke betrug im September 1944 fast 2 000 Mann. Die „Partisanenausrottung“ bestand darin, dass Dörfer in Schutt und Asche gelegt wurden. Die SS-Männer erschossen oder verbrannten die Menschen, derer sie habhaft wurden, und nur ausnahmsweise überließen sie Dorfbewohner, die sie als arbeitsfähig ansahen, der Deportation. Unter Brands Leitung hat die Truppe nachweislich mindestens elf Ortschaften im slowenischen Karstgebiet dem Erdboden gleichgemacht. Der Historiker Tone Ferenc (1927–2003) ist bereits vor 30 Jahren zu dem Schluss gekommen, dass keine andere SS-Einheit so viele und so grauenhafte Verbrechen an der Zivilbevölkerung beging wie die Karstwehr unter Brand. Die 1995 von der Staatsanwaltschaft Würzburg aufgenommenen, 2001 eingestellten Ermittlungen haben die Angaben von Ferenc bestätigt. Dennoch ist kein Angehöriger der SS-Karstwehr je zur Verantwortung gezogen worden. Die verhörten Veteranen, 134 an der Zahl, erinnerten sich nur an Gefechte, nicht an ihre Verbrechen – die typische Erinnerungsverweigerung einer Tätergesellschaft, wie sie der Dramatiker Peter Weiss in seinen Stücken *Inferno* und *Die Ermittlung* in den 1960er Jahren aufgezeigt hat.¹³ Von 1975 bis 1987 versammelten sich die Veteranen siebenmal in Pottenstein, um ihre Toten zu ehren und deftig zu feiern, jeweils drei, vier Tage lang.¹⁴

Widerstand und Kollaboration

Für die Entfaltung eines alle politischen Lager umfassenden Widerstands in Slowenien gab es aus mehreren Gründen keine Chance.¹⁵ Erstens lehnten die Repräsentanten der bürgerlichen Vorkriegsregierung und -parteien jede Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Sloweniens (KPS) unter Hinweis auf deren Illegalität im Königreich Jugoslawien grundsätzlich ab. Zweitens war keine Einigung über die Frage der Rechtskontinuität des Königreichs zu erzielen. Die Bürgerlichen hielten an diesem Prinzip fest, die KPS

(Hrsg.), *Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941–1945*, Berlin 2005, S. 223–236.

¹³ Vgl. Harald Welzer, *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*, Frankfurt/M. 2005.

¹⁴ Vgl. P. Engelbrecht (Anm. 12), S. 223 f. und S. 230.

¹⁵ Zum Folgenden vgl. T. Griesser-Pečar (Anm. 8), S. 41–204, und meine Rezension in <http://hsoz-kult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-1-215> (31.3.2006).

⁹ Vgl. T. Griesser-Pečar (ebd.), S. 31 f.; Dieter Blumenwitz, *Okkupation und Revolution in Slowenien (1941–1946). Eine völkerrechtliche Untersuchung*, Wien–Köln–Graz 2005, S. 51–55.

¹⁰ Vgl. Peter Witte u. a. (Hrsg.), *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, Hamburg 1999, S. 293 f.

¹¹ Vgl. Peter Engelbrecht, *Touristenidylle und KZ-Grauen. Vergangenheitsbewältigung in Pottenstein, Bayreuth 1997*. Unter der Regie des Ersten Bürgermeisters Stefan Frühbeißer plant die Stadt Pottenstein in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg bis etwa 2009/11 in der Magerscheune eine Dokumentation einzurichten. Schriftliche Auskunft des Ersten Bürgermeisters vom 5. 9. 2006 (Archiv J.H.).

¹² Hierzu und zum Folgenden vgl. Peter Engelbrecht, *Die Massaker der Pottensteiner SS-Karstwehr 1943–1944 in Slowenien*, in: Gerhard Jochem/Georg Seiderer

negierte es. Drittens sprachen die Vorkriegseliten dem italienischen Kaiser Victor Emanuel III. und Benito Mussolini Anfang Mai 1941 ihre Loyalität aus und arbeiteten mit der Besatzungsmacht zusammen. Dies verurteilte die KPS als Verrat an den nationalen Interessen Sloweniens. Viertens wiederum vertraten die Kommunisten beim Aufbau der Partisanenbewegung einen Führungsanspruch, der für die antikommunistischen Widerstandsgruppen wurden so zwischen Besatzungsmacht und Partisanen zerrieben.

Zwar entstand Ende April 1941 unter der Führung der KPS ein „antiimperialistisches“ Widerstandsbündnis mit linksbürgerlichen Kräften, dieses wurde jedoch nie aktiv. Vor dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war die KPS unfähig, Widerstand gegen Deutschland zu betreiben. Erst am 11. Juli trat zum ersten Mal die Osvobodilna fronta (OF), die „Befreiungsfront“, in Erscheinung. Aufgrund ihrer Erfahrung in der Illegalität, ihrer Organisationskraft und Entschlossenheit dominierten die Kommunisten die Befreiungsfront von Anfang an. Der organisatorische Aufbau vollzog sich rasch. Innerhalb eines Jahres entstanden Organe für die politische und militärische Leitung, für eine Gerichtsbarkeit, für Spionage, Sabotage und die Liquidierung von „Feinden des slowenischen Volkes“. Ende 1942 schloss sich die OF der gesamtjugoslawischen Partisanenbewegung unter der Führung von Josip Broz Tito an. Als diese im Juni 1944 von den Alliierten anerkannt wurde, genoss auch die slowenische Befreiungsfront internationale Anerkennung und begann, Maßnahmen zum Aufbau einer neuen slowenischen Macht innerhalb eines föderativen Jugoslawien zu ergreifen.

Wer sich den Partisanen anschloss, ging „in den Wald“.¹⁶ Der Wald wurde zum Symbol der Partisanen. Aus Sicht der Besatzer galt er als „bandenverseucht“; für die Widerständler war der Wald, vor allem der Kočevski rog, Rückzugsgebiet und Versammlungsort. Hier errichteten sie konspirativ ihre Infrastruktur, ihre politischen und militärischen Kommandozentralen, Schulen und Spitäler. Neben feindlichen Truppen und Denunzianten war

der Mangel an Lebensnotwendigem der Hauptfeind der jugoslawischen Partisanen. Daher verordneten sie sich harte Regeln: 1. gnadenloser Kampf gegen die Okkupanten, 2. Ablehnung nationaler Gegensätze, 3. bedingungslose Fürsorge für Verletzte und Kranke sowie Einhaltung der Hygiene, 4. Verbot erotischer und sexueller Beziehungen in den Einheiten (diese vierte Regel galt in der OF nicht). Anfang 1944 gab es etwa 40 000 Partisanen. Worin lagen die Gründe für den großen Zulauf? Erstens trieb die Empörung über die Brutalität der Besatzer, die durch rassistische Musterung, Zwangsdeportationen und -rekrutierungen¹⁷ sowie Geislerschießungen erfahrene Pein viele Slowenen „in den Wald“. Zweitens stammten etliche Partisanen aus Familien im Küstengebiet, das nach dem Ersten Weltkrieg Italien zugeschlagen und einer massiven Italianisierung ausgesetzt worden war.¹⁸ Sie verstanden sich als Opfer und gingen hochmotiviert in den Kampf. Drittens kam die nationalistische Programmatik und Symbolik der OF der eher konservativ geprägten Bevölkerung entgegen. Mit ihrer Forderung nach „Befreiung und Vereinigung Sloweniens“ knüpfte die Befreiungsfront an die nationalpolitischen Positionen an, denen auch die nichtkommunistischen Kräfte verpflichtet waren. Dies kam im Eid der Partisanen, in ihren Schulungsmaterialien, Gedenk- und Feiertagen (die zugleich Protesttage waren) sowie der slowenischen Trikolore mit Rotem Stern zum Ausdruck.

Von Anfang an arbeitete die Befreiungsfront zweigleisig.¹⁹ Sie bekämpfte nicht nur die Besatzer, sondern seit Herbst 1941 politisch und mit der Waffe auch die innenpolitischen Gegner der KPS, die Vorkriegseliten, die nach Ansicht der Kommunisten nie mehr an die Macht gelangen sollten. Allein bis Ende 1941 wurden bis zu hundert Menschen ermordet, ausschließlich slowenische Füh-

¹⁶ Zum Folgenden vgl. R. Wörsdörfer (Anm. 7), S. 332–350, S. 362–380; T. Griesser-Pečar (Anm. 8), S. 346–355.

¹⁷ Über 150 000 Slowenen und Sloweninnen (rund 13 % der Vorkriegsbevölkerung) wurden in die Wehrmacht und paramilitärische Formationen zwangsrekrutiert. Vgl. Marjan Žnidarič/Jože Dežman/Ludvik Puklavac (Hrsg.), *Nemška mobilizacija Slovencev v drugi svetovni vojni* [Deutsche Mobilisierung der Slowenen im Zweiten Weltkrieg], Celje 2001.

¹⁸ Vgl. Jože Pirjevec, *Teror na Primorskem* [Der Terror im Küstenland] 1918–1945, in: Monika Kokalj Kočevar (Hrsg.), *Kolo nasilja* [Das Rad der Gewalt], Ljubljana 2004, S. 49–55.

¹⁹ Vgl. T. Griesser-Pečar (Anm. 8), S. 355–410.

rungspersönlichkeiten, nicht etwa Repräsentanten der Besatzungsmacht. Politisch brach die OF mit ihrem Alleinvertretungsanspruch die Brücken zu den Bürgerlichen ab. Neben der Befreiungsfront konnten keine anderen Widerstandsgruppen erstarken. Wer Widerstand leisten, den Führungsanspruch der KPS aber nicht anerkennen wollte, hatte keinen Platz in der OF und sah sich dem Verdacht der Kollaboration ausgesetzt.

Die Kollaboration im Sinne einer eigennützigen Zusammenarbeit mit den Besatzern¹²⁰ wurde durch drei Faktoren begünstigt. Erstens blieb in der Provincia di Lubiana die slowenische Infrastruktur weitgehend intakt. „Weiche Formen der administrativen und kulturellen Kollaboration“¹²¹ waren damit kulturell vorgegeben. Eine zweite Quelle stellte die Not vieler Dörfer dar, die in Gebieten lagen, die von italienischen Truppen und Partisanen umkämpft waren. Beide Seiten warfen den Dorfbewohnern die Unterstützung der anderen vor, plünderten und erschossen Geiseln. Zum Zweck der Selbstverteidigung entstanden „Dorfwehren“, die sich jedoch als zu schwach erwiesen, um ihre Funktion zu erfüllen. Sie ließen sich von den Italienern bewaffnen und zu einer „Freiwilligen Antikommunistischen Miliz“ zusammenstellen, die im Sommer 1943 über bis zu 10 000 Mann verfügte. Für diese Entwicklung ist als dritter Faktor die „Theorie des kleineren Übels“ verantwortlich zu machen, die von Dorfgeistlichen und städtischem Bürgertum in Ljubljana vertreten wurde. In den Attentaten der OF sahen sie eine Bestätigung ihrer Weltanschauung, nach der der Kommunismus eine größere Gefahr als der Faschismus darstelle und daher mit Hilfe des letzteren bekämpft werden müsse. Pfarrer waren während der Anfangsphase des Krieges in der Regel die Initiatoren der Dorfwehren.

Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 waren es vor allem die bürgerlichen Kräfte in Ljubljana, die mit Unterstützung der deutschen Besatzungsmacht die Sloweni-

sche Landeswehr (Slovensko domobranstvo bzw. Domobranci) aufbauten. Ausgestattet und geführt wurden die Domobranci von der SS, welche die Landeswehr als Hilfstruppe gegen die Partisanen instrumentalisierte. Mit bis zu 13 000 Mann stellten die Domobranci eine relevante militärische Größe dar. Symbolträchtig leisteten sie am 20. April 1944 und am 31. Januar 1945 den Eid, gemeinsam mit SS und Wehrmacht unter Hitlers Oberbefehl den Kommunismus und seine Verbündeten (die Westalliierten) zu bekämpfen. Zu vergegenwärtigen ist, dass sich Ende 1943 die alliierte Anerkennung der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung abzeichnete. Im Juni 1944 wurde sie offiziell bestätigt. Die britische Regierung forderte daraufhin die Führung der Slowenischen Landeswehr auf, den Kampf gegen Partisanen und Alliierte an der Seite der Deutschen einzustellen. Dies wurde jedoch abgelehnt.¹²²

Abrechnung und Verdrängung

Am 21. November 1944 erließ die provisorische Regierung unter Tito eine Amnestie, die sich auch auf die Mitglieder der Landeswehr erstreckte. Die angesprochenen Personen wurden aufgefordert, sich bis zum 15. Januar 1945 zu stellen. Dieses Angebot scheint jedoch kaum wahrgenommen worden zu sein. Danach zeigte sich die „dunkle Seite des Mondes“.¹²³ Am 26. Mai 1945 sprach Tito in Ljubljana zu einer großen Menschenmenge auf dem Kongressplatz. Er hob die große Zahl der Opfer des Faschismus hervor und erklärte, dass jegliche Verräter, so sie die „Rachehand unseres Volkes“ noch nicht erreicht habe, Berge und Felder des Landes nicht mehr erblicken würden. Der Schriftsteller Tone Seliškar wurde am selben Tag in einem Leitartikel deutlicher: Er nannte die Rache „Programm“; es würden alle Bedenken überwunden, denn die Opfer müssten gerächt werden, „und zwar so, dass diese Rache bis an die tiefsten Wurzeln reicht“.¹²⁴ Zum Sym-

¹²⁰ Vgl. Hans Lemberg, Kollaboration in Europa mit dem Dritten Reich um das Jahr 1941, in: Karl Bosl (Hrsg.), Das Jahr 1941 in der europäischen Politik, München–Wien 1972, S. 143–162.

¹²¹ Boris Mlakar, Slovensko domobranstvo 1943–1945. Ustanovitev, organizacija, idejno ozadje [Die slowenische Heimwehr. Gründung, Organisation, ideeller Hintergrund], Ljubljana 2003.

¹²² Vgl. T. Griesser-Pečar (Anm. 8), S. 257–330; Janko Prunk, Slowenien, Ljubljana 1996, S. 134 f.

¹²³ Zum Folgenden siehe Drago Jančar, Die dunkle Seite des Mondes oder die Frage des Vergessens, in: Kommune, 19 (2001) 5, S. 6–11; Josip Broz Tito, Sabrana djela [Gesammelte Werke], Bd. 28, Beograd 1988, S. 76–79.

¹²⁴ Tone Seliškar, Maščevanje je strašna beseda! [Rache ist ein schreckliches Wort], in: Slovenski poročevalec vom 26. 5. 1945, S. 1.

bol der Vergeltung wurde das „Drama von Viktring“ bei Klagenfurt.²⁵ Dort hatten britische Truppen nach den letzten Kämpfen noch am 15. Mai 1945 über 70 000 Menschen festgesetzt, darunter rund 11 000 Domobranci und 6000 Zivilisten aus Slowenien, ferner Tito-Gegner aus Kroatien und Serbien, die mit den Deutschen seit Anfang Mai Richtung Norden geflohen waren. Eine Woche später entschied die britische Militärführung, die Kriegsgefangenen jugoslawischer Staatsangehörigkeit den Truppen Titos zu übergeben. Sogar im Lager organisierten die Oberhäupter der Landeswehr ihre Einheiten militärisch, sprachen Beförderungen aus und rekrutierten neue Kräfte. Den Verantwortlichen auf britischer Seite war nachweislich nicht wohl bei der Auslieferung. Sie ließen die Kriegsgefangenen im Unklaren über die Zielbestimmung der Züge. Abgesehen von den Minderjährigen exekutierten Einheiten der slowenischen und jugoslawischen Partisanen die von den Briten ausgelieferten Domobranci und kroatischen Kämpfer ohne Prozess, soweit diese nicht flüchten konnten: insgesamt rund 30 000 Kroaten und bis zu 18 000 Domobranci (u. a. die aus Viktring Ausgelieferten).

In einer Untersuchung der Jahre 2002 bis 2004 wurden 410 Gräber erfasst. Spezialisten gehen davon aus, dass es weitere Massengräber gibt. Die hingerichteten Landeswehrmänner, so sie nicht schon auf dem Rückweg aus Kärnten umgebracht wurden, fanden ihr Ende vor allem in den Schlünden des Kočevski rog, den Bergwerksspalten von Stari Hrastnik und in den Stollen des Bergwerks Hl. Barbara bei Laško.²⁶ Bis zu Beginn der 1950er Jahre fanden Prozesse gegen Domobranci und andere statt, denen Kollaboration vorgeworfen wurde. Dabei ging es immer weniger um die Ahndung von Kriegsverbrechen, sondern um die Ausschaltung tatsächlicher und vermeintlicher politischer Gegner und vor allem um Abschreckung. Die Menschen akzeptierten, dass öffentlich zur Vergeltung aufgerufen worden war – sei es, weil sie ihrer Opfer gedachten und die Rache für mehr oder weniger gerechtfertigt hielten, sei es, weil sie sich in ihr

privates Glück flüchteten – und wurden so zu Mitwissern. Indem jede Aussprache über Verbrechen und Fehler der OF in der Öffentlichkeit und auch in der Geschichtswissenschaft sowie jede Solidarisierung mit den Opfern der Rache unterbunden wurden, verfestigten sich Angst und Schweigen.

Im Slowenischen Institut für Zeitgeschichte geht man von etwa 90 000 Sloweninnen und Slowenen aus, die von April 1941 bis Februar 1946 ums Leben kamen: 40 000 in Folge des Krieges und der Okkupation, 50 000 in Folge der innerslowenischen Abrechnung nach Kriegsende. Bis Anfang der 1960er Jahre emigrierten über 30 000 Menschen aus der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien, vorwiegend aus politischen Motiven, darunter ehemalige Partisanen. Hinzu kommt seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine vornehmlich ökonomisch motivierte Auswanderung, die über 70 000 Sloweninnen und Slowenen außer Landes führte. Innerhalb von gut vier Jahrzehnten ist ein Bevölkerungsverlust von über 190 000 Menschen zu verzeichnen, rund zehn Prozent der heutigen Einwohnerzahl Sloweniens. Dieser Aderlass verursacht neben den existenziellen Bedrohungserfahrungen während der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs die Ängste vor dem Aussterben des Volkes, der Assimilation, dem Ausverkauf des Landes und der Diffusion der slowenischen Sprache, die sich in aktuellen Identitätsdiskursen immer wieder äußern.

Neubewertung seit 1991

Von 1982 an erschien in Ljubljana die Monatszeitschrift „Nova Revija“, die rasch zum wichtigsten Sprachrohr der Regimekritiker wurde.²⁷ In Ausgabe 57 vom Februar 1987 forderten verschiedene Autorinnen und Autoren vor dem Hintergrund der Umgestaltung in der UdSSR auch für Slowenien demokratische, „europäische“ Verhältnisse unter Berücksichtigung „slowenischer nationaler Interessen“. Spomenka Hribar erinnerte an das Schicksal der Domobranci und mahnte die nationale Versöhnung an.²⁸ Doch erst

²⁵ Vgl. T. Griesser-Pečar (Anm. 8), S. 480–516; B. Mlakar (Anm. 21), S. 489–526.

²⁶ Vgl. Mitja Ferenc, *Prikrito in očem zakrito. Prikrita grobišča 60 let po koncu druge svetovne vojne* [Versteckt und den Augen verborgen. Versteckte Gräber 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs], Celje 2005.

²⁷ Vgl. Mira Miladinović Zalaznik (Hrsg.), *Begegnungen*, Ljubljana 1995.

²⁸ Spomenka Hribar, *Avantgardno sovražstvo in sprava* [Avantgardistischer Hass und Aussöhnung], in: *Nova Revija*, 6 (1987) 57, S. 74–103.

1991 wurden die Sperrgebiete im Kočevski rog freigegeben. Die Debatte mündete in einen Prozess der Umschreibung der Geschichte, in dem sich heute zwei gegensätzliche Versionen gegenüberstehen.¹²⁹ Die „Partisanen-Version“ besagt: Die Befreiungsfront leistete legitimerweise bewaffneten Widerstand gegen die Okkupanten und deren Helfershelfer. Diese lösten, indem sie sich von den Besatzern bewaffnen ließen und gegen Partisanen und Alliierte kämpften, den slowenischen Bürgerkrieg aus. Allein die Befreiungsfront kämpfte für die slowenischen Interessen. Die „Domobranci-Version“ hält dagegen: Die Befreiungsfront war ein Instrument der Kommunisten zur Vorbereitung der Revolution. Sie bekämpfte die Okkupanten nicht, sondern provozierte sie zu exzessiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Sie eröffnete schon im Herbst 1941 den Bürgerkrieg, indem sie den Kampf gegen die slowenische Vorkriegselite begann. Die Domobranci haben nicht kollaboriert, sondern die Interessen der Nation verteidigt. Umfragen zeigen, dass ein knappes Viertel der Bevölkerung der Domobranci-Version zustimmt, knapp zwei Drittel der Partisanen-Version.¹³⁰

Es ist wichtig, dass öffentliche, kontroverse Diskussionen geführt werden, damit Veteranen und Nachkommen der Domobranci an neuen Gedenkstätten ihre Opfer betrauern können. Problematisch erscheint die Verbissenheit, mit der der Kampf um die Ressourcen der Geschichtsinterpretation bisweilen geführt wird. Er hat Züge eines kulturellen „Bürgerkriegs“ angenommen und eskaliert unter der konservativen Regierung des Ministerpräsidenten Janez Janša, die seit November 2004 im Amt ist. Die Aufarbeitung der Geschichte wird von den Lobbyisten der Domobranci¹³¹ und der katholischen Kirche zu einer Umcodierung der Erinnerung genutzt, die für ehemalige Partisanen und alle, die sich ihnen verbunden fühlen, eine Provokation darstellen muss, und die auch vor dem Hintergrund, dass in Slowenien eine demokratische, pluralistische Gesellschaft etabliert werden soll, kritikwürdig ist. Oto Luthar,

¹²⁹ Siehe Miloš Mikeln, *Za celovit zgodovinski spomin* [Für eine ganzheitliche historische Erinnerung], in: *Sodobnost* (2004) 4, S. 337–350.

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 338.

¹³¹ Zu denken ist hier vor allem an den „Neuen Slowenischen Bund“ (Nova Slovenska Zaveza). Siehe www.zaveza.org.

Direktor des Wissenschafts- und Forschungszentrums der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste, spricht von einer „Kontaminierung der Vergangenheitsinterpretation“.¹³² Diese besteht im Wesentlichen in der Negation der Kollaboration, der Legitimierung einer „funktionalen Kollaboration“ und der Umdeutung des Widerstands der Partisanen zu „Rassismus“ und „Terror“ der Kommunisten zum Zweck der Revolution.¹³³ Aus Kollaborateuren werden nationalbewusste Kämpfer gegen den ultimativen Feind, den Kommunismus. Alle Formen des Widerstands im Umfeld der OF, die den Menschen bemerkenswerte Ausdrucksmöglichkeiten resistenten Denkens gegeben haben,¹³⁴ werden als Rekrutierungstricks der Befreiungsfront denunziert. Der Kommunismus wird als Sache von „Parteirassisten“ und „Geisteskranken“ pathologisiert und als der slowenischen Nation wesensfremd dargestellt.¹³⁵

Zum 60. Jahrestag des Sieges über den Faschismus legte die Regierung (gemeinsam mit dem Staatspräsidenten) die Siegesfeier erstmals mit dem Gedenken an die Opfer der Rache-morde zusammen.¹³⁶ Es scheint, als sollten die „guten, reinen“ Partisanen in den Kreis der Nation aufgenommen werden. Im September 2005 erinnerte in Portorož eine Veranstaltung der Regierung mit Ministerpräsident Janša als Hauptredner an das Inkrafttre-

¹³² Oto Luthar, *Die Schlacht um die Vergangenheit – Teil zwei? Historischer Revisionismus in Slowenien nach 1991*, S. 1 (ich danke Prof. Luthar herzlich für die Überlassung dieses Papiers aus dem Jahr 2005 und anderer unveröffentlichter Manuskripte). Vgl. Breda Luthar/Oto Luthar, *Kolonizacija spomina. Politika in tekstualnost domobranskih spomenikov po letu 1991* [Kolonisation der Erinnerung. Politik und Textualität der Landeswehr-Denkmäler nach 1991], in: Oto Luthar/Jurij Perovšek (Hrsg.), *Zbornik Janka Pleterškega* [Festschrift Janko Pleterški], Ljubljana 2003, S. 647–662.

¹³³ Am deutlichsten nachzulesen bei T. Griesser-Pečar (Anm. 8) und Jože Dežman, *Moč preživetja. Sprava z umorjenimi starši* [Die Macht des Überlebens. Aus-söhnung mit den ermordeten Eltern], Celovec–Ljubljana–Dunaj (2004).

¹³⁴ Vgl. Niko Lukež (Hrsg.), *Slovenska narodna pomoč v okupirani Ljubljani 1941–1945* [Die slowenische nationale Hilfe im okkupierten Ljubljana], Ljubljana 1995; Nataša Urbanc, *Partisan Puppet Theatre*, in: Marko Stepec (Hrsg.), *The Making of Slovenia*, Ljubljana 2006, S. 131 f.

¹³⁵ J. Dežman (Anm. 33), S. 246–251, stützt sich auf den Psychoanalytiker Horst E. Richter.

¹³⁶ B. Luthar/O. Luthar (Anm. 32), S. 4 f.

ten des Friedensvertrages am 15. September 1947. Damit erhielt Slowenien große Teile des Küstenlandes zurück, das nach dem Ersten Weltkrieg an Italien abgetreten werden musste. Der 15. September soll Nationalfeiertag werden.¹³⁷ Doch der Tag lässt die Befreiung Triests durch das IX. Korps der Volksbefreiungsarmee im Mai 1945 vergessen; dies liegt auf der Linie von Jože Dežman, der die Rückgewinnung des Küstenlandes nicht den Partisanen, sondern der slowenischen „Republik im zweiten Jugoslawien“ zuschreibt.¹³⁸ Hinzu kommt, dass die zahlreichen, seit Anfang der 1990er Jahre auf Friedhöfen und an Kirchen errichteten Denkmäler und Gedenktafeln zu Ehren der Domobranzi die unterschiedliche historische Rolle der OF und der Landeswehr nicht thematisieren. Sie heben den allgemeinen Verlust hervor, sind dominiert von christlichem Symbolismus, der mit nationalen Formeln verbunden wird. Die Beschworung von „Gott – Volk – Heimat“ soll die „funktionale Kollaboration“ legitimieren; dieser Diskurs droht eine neue „Spirale des Schweigens“ hervorzubringen. Ohne eine Reflexion der Geschichtsbilder würden eine neue Interpretation der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und eine neue Sinnkonstruktion der slowenischen Nationalgeschichte dominant werden.¹³⁹

Geschichtswissenschaft degeneriert zur Geschichtspolitik, wenn sie sich von Legitimationsinteressen und Trostbedürfnissen dirigieren lässt. „Aufarbeitung der Geschichte“ heißt nach Theodor W. Adorno, den Bann der Vergangenheit durch „helles Bewusstsein“ zu brechen.¹⁴⁰ Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Slowenien, die sich einem solchen Anspruch verpflichtet fühlen, setzen sich – derzeit gegen den Strom schwimmend – für eine „ganzheitliche historische Erinnerung“ (M. Mikeln) ein: eine Erinnerung, die bewusst macht, wer das Land widerrechtlich angegriffen, aufgeteilt und besetzt, wer die Bevölkerung einer rassistischen Musterung, Deportationen und Geiseler-schießungen ausgesetzt hat; die nicht vergisst,

dass der Aggressor, und nicht etwa derjenige, der sich gegen die Aggression wehrt, völkerrechtlich verantwortlich ist für die Besatzungspolitik einschließlich der „Partisanenausrottung“. Dabei wäre herauszuarbeiten, wer sich von italienischen und deutschen Besatzern hat finanzieren, bewaffnen und instrumentalisieren lassen zum Kampf gegen die Befreiungsfront und die Alliierten. Nicht zu übersehen sind die Verbindungen zwischen katholischer Kirche und Domobranzi, auch nicht der Antisemitismus und Antikommunismus, den beide Institutionen damals mit den Besatzern teilten. Eine ganzheitliche Erinnerung hat den Widerspruch auszuhalten, dass dieselbe Befreiungsfront, die dank ihrer Disziplin und Entschlossenheit zur Befreiung und Vereinigung Sloweniens beigetragen hat, mit eben dieser Härte seit Herbst 1941 und vor allem nach Kriegsende einen mörderischen Kampf gegen ihre innenpolitischen Gegner geführt hat. Den Autoritarismus und die Gewaltbereitschaft der OF an Kriterien einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu Friedenszeiten zu messen und auf „Kommunismus“ zurückzuführen, wäre ahistorisch. Auch die bürgerlichen Organisationen, die konspirativ arbeiteten, waren autoritär strukturiert. Wer die Tötungsmoral von Tätergruppen untersuchen will, wird den Bellizismus der Vorkriegsgesellschaft und die Kriegsbedingungen in Betracht ziehen und diese Phänomene im europäischen Maßstab analysieren müssen.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Nationalismus für Partisanen und Domobranzi zur Überlebensideologie. Heute fungiert er als Versöhnungsideologie. Dabei sind „nationale Einheit“ und „kollektive Identität“ von Intellektuellen und Politikern genährte Illusionen über die Wirklichkeit. Demokratische und pluralistische Gesellschaften können und brauchen nicht zum „Wir“ (zu) werden. Viel ist gewonnen, wenn Interessenkonflikte offen kommuniziert und zivilisiert ausgetragen werden.

¹³⁷ Slovenia Remembering Return of Primorsko, Slovene Press Agency 09/16/2005, in: www.uvi.gov.si/eng/slovenia/news/id/index.print.html (20.10.2005).

¹³⁸ Zit. nach O. Luthar (Anm. 32), S. 5 f.

¹³⁹ Oto Luthar, Erinnerung aus Stein (unveröff. Ms. 2002).

¹⁴⁰ Theodor W. Adorno, Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1963, S. 125–146.

APuZ

Nächste Ausgabe 47/2006 · 20. November 2006

Jugend in Europa

Stefan Rappenglück

Jugend in der Europäischen Union

Günther Ogris · Sabine Westphal

Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa

W. Gaiser · M. Gille · J. de Rijke · S. Sardei-Biermann

Zukunft Europa im Blick der Jugend

Andreas Walther · Axel Pohl

Benachteiligte Jugendliche in Europa

Susanne Rippl · Klaus Boehnke

Europas Jugend: Für Integration oder Nationalismus?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung *Das Parlament*
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Slowenien und Portugal *APuZ* 46/2006

Aleš Debeljak

3-5 **Blick auf Slowenien**

Die Aussicht, der Europäischen Union beizutreten, hatte seinerzeit kaum Befürchtungen unter den Slowenen geweckt. Ausgestattet mit ihren historischen Erfahrungen, richteten sie ihre Hoffnungen auf die föderale Struktur des gemeinsamen Europäischen Hauses.

António Costa Pinto · Marina Costa Lobo

5-14 **Portugal und die EU**

Die Einstellungen der Portugiesen zur EU sind deutlich positiv, sowohl aus affektiver als auch aus instrumenteller Sicht. Doch der portugiesische Konsens basiert im Gegensatz zum Rest der EU stärker auf dem engeren instrumentellen Blickwinkel als auf der weiter reichenden Wahrnehmung der EU als „einer guten Sache“.

Jernej Pikalo

14-22 **Slowenien in der Europäischen Union**

Slowenien hat mit dem EU-Beitritt eine Erneuerung aller Lebensbereiche erfahren. Die Europawahl 2004 aber hat gelehrt, dass es nicht ausreicht, in der EU nur „mit dem Strom zu schwimmen“. Es muss eine zweite Phase folgen, in der deutlich wird, wie wichtig es ist, auch auf supranationaler Ebene an demokratischen Prozessen teilzunehmen.

Silvia von Steinsdorff

23-30 **EU-Kleinststaaten: Motoren der Integration?**

Ein Ziel der europäischen Integration besteht darin, die kleinen Mitgliedsstaaten vor der Dominanz der großen europäischen Nationen zu schützen. Im Lauf der Erweiterungsrunden sind die Zahl und das politische Gewicht der Kleinstaaten kontinuierlich gewachsen. Gerade die kleinen EU-Länder zählen deshalb in der Regel zu den Motoren einer vertieften Integration.

Joachim Hösler

31-38 **Sloweniens historische Bürde**

Bis heute spaltet die Frage, wie die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit zu bewerten sind, in Slowenien Gesellschaft und Familien. Der Beitrag stellt Hintergrund und Folgen der Okkupation dar und problematisiert Widerstand und Kollaboration während des Krieges, Abrechnung und Verdrängung nach 1945 sowie den derzeitigen Kampf um die Geschichtsinterpretation.